

Ostthüringer **Wirtschaft**



Mai 2024

www.gera.ihk.de

Was jetzt passieren muss, um das Ruder herumzureißen

Seite 9

Mein Antrieb: Immer wieder Neues entdecken

Seite 26

Das Geheimnis erfolgreicher Ausbildungsbetriebe

Seite 38

Mehr im IHK-Onlinemagazin



Titelthema

Unternehmertum wertschätzen

#GemeinsamBesseresSchaffen – jetzt!

Seite 6

**IHK**Industrie- und Handelskammer
Ostthüringen zu Gera

EINEN FORT- SCHRITT NACH DEM ANDEREN MACHEN.

JETZT #KÖNNENLERNEN



**GEMEINSAM
MIT IHREM
BETRIEB!**



**Ausbildung
macht mehr
aus uns**

Die bundesweite Azubi-Kampagne der IHKs ist in vollem Gange: Mit großen Werbeplakaten, in den sozialen Medien oder auf Messen machen wir neugierig auf das „**Lebensgefühl Ausbildung**“. Und Sie? Sind herzlich dazu eingeladen, mit Ihrem Unternehmen Teil dieser Kampagne zu werden und junge Leute für eine Ausbildung zu begeistern. Nutzen Sie die Werbemittel unseres Kommunikationspakets, um mitzumachen – direkt in Ihrem Betrieb vor Ort oder auch digital. Lassen Sie uns der jungen Generation zeigen, was **#könnenlernen** aus einem machen kann. Denn eine Ausbildung bietet viel mehr als nur eine berufliche Zukunft: ein Lebensgefühl, das stolz und glücklich macht. Gemeinsam wollen wir nicht nur den jungen Menschen, sondern ganz Deutschland klarmachen: **Ausbildung macht mehr aus uns.**

Für weitere Informationen wenden Sie sich an Ihre IHK-Ansprechpartner. Mehr unter www.gera.ihk.de/koennenlernen.

Peter Höhne

Hauptgeschäfts-
führer der
IHK Ostthüringen



Wirtschaftspolitik: Für oder gegen die Wirtschaft?

Irgendetwas läuft gewaltig schief, wenn 70 Prozent der hiesigen Unternehmer die aktuelle Wirtschaftspolitik als größtes Geschäftsrisiko ansehen.

Sicherlich, internationale Krisen, Krieg und auch die Pandemie zwingen zum Handeln und haben deutliche Spuren hinterlassen. Aber das größte Problem ist hausgemacht: Statt das enorme Potenzial des hiesigen Mittelstands zu nutzen, um zukunftsfähige Antworten auf die Herausforderungen zu entwickeln, werden Unternehmer zum Feindbild erklärt. Ein Käfig von immer mehr praxisfernen Vorschriften (O-Ton eines Unternehmers), eine Flut von sich rasant ändernden rechtlichen Rahmenbedingungen, überbordende Bürokratie, hohe Energiekosten und lange Genehmigungsverfahren schränken genau das ein, was Unternehmertum ausmacht: Langjähriger Markterfolg dank erfolgreicher Konzepte, Innovationen und Dienstleistungen.

Auf den Punkt gebracht: grundlegende wirtschaftliche Zusammenhänge werden auf den Kopf gestellt. Nur wenn Unternehmer vernünftige Rahmenbedingungen vorfinden, können sie Produkte und Dienstleistungen entwickeln, Aufträge generieren, Arbeitsplätze schaffen, Werte erwirtschaften. Das ist die Quelle der finanziellen Lebensgrundlage der Menschen und des Geldes, mit dem der Staat agieren kann.

Genau das immer wieder deutlich zu machen, die Rolle der Unternehmer ins Bewusstsein der Politik zu rücken, ist eine der Hauptaufgaben der Industrie und Handelskammer: Interessenvertretung. Das war im Herbst 1849 die Hauptmotivation von 60 Kaufleuten und Fabrikanten Geras, die „Handelskammer Gera“ zu gründen – und hat bis heute weder an Wichtigkeit noch an Brisanz verloren.

175 Jahre **1849**
2024

IHK Ostthüringen zu Gera

1 Editorial

4 Neues aus der IHK

- 4 Schluss mit Schönreden!
- 5 Wir brauchen Weltoffenheit und Willkommenskultur!
- 5 Tu Gutes und rede darüber!

6 Titelthema

- 7 Unternehmertum wertschätzen
- 9 Was jetzt passieren muss, um das Ruder herumzureißen

14 Standort stärken

- 15 Handel drängt auf Liberalisierung bei Ladenöffnung
- 16 Deutschland-Tempo = Schnecken-Tempo?
- 18 Wirtschaft trifft Politik

20 Weniger Regulierung und Bürokratie

- 20 Bürokratie nervt am meisten
- 21 Es gibt für uns keine bessere Alternative als Europa!
- 23 Spagat: Dynamisches Umweltrecht und Planungssicherheit

24 Innovationen ermöglichen

- 25 Transformation und Krisenbewältigung nicht gegeneinander ausspielen
- 26 Mein Antrieb: Immer wieder Neues entdecken
- 29 Mangelhafte Infrastruktur gefährdet Digitalisierung

30 Wirtschaft braucht Energie

- 30 Wettbewerbsfähig bleiben!
- 32 Große Unsicherheiten bleiben
- 34 Herausforderung Energie: Patentlösungen gibt es nicht!

36 Vorfahrt für betriebliche Ausbildung

- 36 Bessere Berufsorientierung an Schulen!
- 38 Das Geheimnis erfolgreicher Ausbildungsbetriebe
- 41 Beruflicher Erfolg geht auch ohne Studienabschluss

42 Internationale Fachkräfte

- 42 Ausbildung und Jobs für Migranten
- 43 Azubis und Fachkräfte aus dem Ausland
- 44 Internationales Team mit Perspektive in der Region

46 Unsere Leistungen – Ihr Nutzen

5

Tu Gutes und rede darüber!



UNTERNEHMEN IN Verantwortung

IHK-Preis Ostthüringen

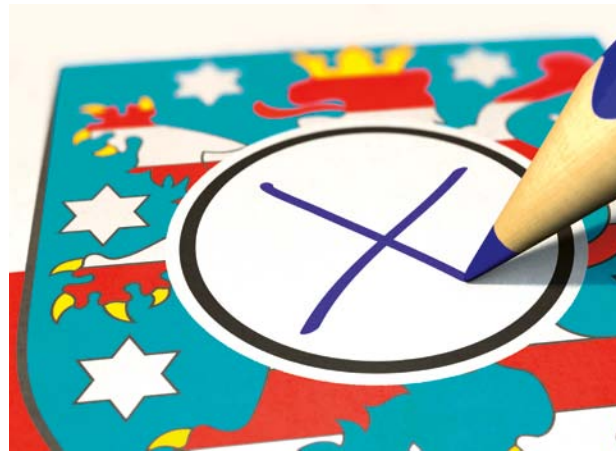


Foto: DesignRage/shutterstock.com

7

Unternehmertum wertschätzen

Positionen und Forderungen zur Thüringer Landtagswahl

9

Was jetzt passieren muss, um das Ruder herumzureißen



Foto: DIHK

#GemeinsamBesseresSchaffen – jetzt!



Foto: alphaspirt.it/shutterstock.com

20

Bürokratie nervt am meisten

26

Mein Antrieb: Immer wieder Neues entdecken



Foto: STIFT Thüringen



Foto: Drazen Zigic/shutterstock.com

38

Das Geheimnis erfolgreicher Ausbildungsbetriebe

Impressum

„Ostthüringer Wirtschaft“ ist das offizielle Organ der IHK Ostthüringen zu Gera.

35. Jahrgang
Ausgabe **Mai 2024**

Herausgeber:
Industrie- und Handelskammer
Ostthüringen zu Gera
Gaswerkstraße 23 · 07546 Gera
Telefon: +49 365 8553-0 · gera.ihk.de

Besuchen Sie uns auch bei



Verantwortlich:
Peter Höhne, Hauptgeschäftsführer

Redaktion:
Anne-Katrin Schnappauf
(schnappauf@gera.ihk.de)

Mit Namen oder Initialen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der IHK wieder.

Druck:
Druckhaus Gera GmbH
Jacob-A.-Morand-Straße 16 · 07552 Gera
Telefon: +49 365 73752-0 · Telefax: +49 365 7106520

Die „Ostthüringer Wirtschaft“ erscheint zwei Mal jährlich als Druckausgabe und ständig als Onlinemagazin:

IHK-Onlinemagazin | Ostthüringer **Wirtschaft**

ihk.de/gera/magazin



Jedes IHK-Mitgliedsunternehmen kann die IHK-Zeitschrift kostenfrei beziehen.

Nachdruck und Verbreitung des Inhalts – auch auszugsweise – ist nur mit Quellenangabe, die fotomechanische Vervielfältigung von Teilen dieser Zeitschrift nur für den innerbetrieblichen Gebrauch des Beziehers gestattet.

Zur besseren Lesbarkeit verwenden wir Status- und Funktionsbezeichnungen in der Regel in der männlichen Form. Sie gelten jedoch für alle Geschlechter gleichermaßen.

Herzlichen Glückwunsch!



Über 300 Ostthüringer Unternehmen feiern in diesem Jahr ein Vierteljahrhundert erfolgreicher Geschäftstätigkeit, Hingabe und herausragender unternehmerischer Leistung. „Mit Durchhaltevermögen, Ideen und Geschäftssinn haben Sie sich am Markt etabliert und einen wertvollen Beitrag für Wirtschaft und Gesellschaft geleistet“, gratuliert IHK-Präsident Dr. Ralf-Uwe Bauer den Unternehmen. „In diesen dynamischen Zeiten stehen Sie auch jetzt und künftig vor großen Herausforderungen. Wir wünschen Ihnen dafür weiterhin viel Gesundheit und Kraft, Zuversicht und Erfolg. Als IHK sind wir für Sie da, sowohl mit unserem Leistungsangebot als auch bei der Vertretung des Gesamtinteresses der Ostthüringer Wirtschaft.“



Wir danken Ihnen für Ihren Mut und die unternehmerischen Risiken, die Sie über die vielen Jahre auf sich genommen haben. Sie haben Werte geschaffen und die regionale Wirtschaft gestärkt.

Dr. Ralf-Uwe Bauer

Präsident der IHK Ostthüringen zu Gera

Schluss mit Schönreden!



Foto: Vladimka production/shutterstock.com

Die Wirtschaft steckt in einem sich zuspitzenden Dauerkrisenmodus. „Ein großer Teil davon ist hausgemacht“, sagt IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Höhne mit Blick auf viele ideologisch geprägte Entscheidungen der aktuellen Bundesregierung. „Bereits zum zweiten Mal hintereinander sehen die Unternehmen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen das größte Risiko für ihre Firmenentwicklung. Technologieverschlossenheit, steigende Bürokratie, ein steter Widerspruch zwischen Worten und Taten bringen die Wirtschaft weiter in Schieflage.“

Bei politischen Entscheidungen mit großer wirtschaftlicher Tragweite, die Wirtschaft nicht mit einzubinden – darunter leidet die Wettbewerbsfähigkeit und das Vertrauen in Politik ist stark geschwächt. „Die Landwirte und Teile des Mittelstands rebellieren gegen zunehmende, sehr kurzfristig beschlossene Belastungen, bei wichtigen Schlüsselvorhaben der Wirtschaft wird gekürzt und bei Kostenentwicklungen im Energie- und Baubereich ist keine Planungssicherheit gegeben, weder für Verbraucher noch für Unternehmen“, fassen die Präsidenten der ostdeutschen Industrie- und Handelskammern in einem offenen Brief an den Bundeskanzler die brisante Wirtschaftslage zusammen. „In einer Situation, in der wesentliche Eng-

pässe und damit verbundene Planungsunsicherheiten zu bewältigen sind, verabschieden wir uns in Deutschland von grundlastfähigen Technologien und schaffen es nicht, die Voraussetzungen für einen schnellen und unkomplizierten Ausbau der erneuerbaren Energien im unternehmerischen Umfeld sicherzustellen.“



Wir erwarten, dass Entscheidungen endlich wieder vernünftig vorbereitet, abgewogen und bei Verkündung auch sachgerecht erklärt und begründet werden. ... Herr Bundeskanzler, das beste Mittel gegen Rechtspopulismus ist eine sachorientierte und abgestimmte politische Arbeit.



Offener Brief an den Bundeskanzler



ihk.de/gera

(Dok.-Nr. 6048128)

Wirtschaft braucht
Austausch, Vielfalt und
Weltoffenheit.
Nur so kann sie hier vor
unserer Haustür als
leistungsstarker Arbeitgeber
und Steuerzahler agieren.

Peter Höhne
IHK-Hauptgeschäftsführer



Wir brauchen Weltoffenheit und Willkommenskultur!

„Unsere Unternehmen sind in ein globales Netz von Absatzmärkten, Lieferketten, Produktionsstandorte, Firmen- und Forschungsk Kooperationen eingebunden. Nur so können sie hier vor unserer Haustür als leistungsstarker Arbeitgeber und Steuerzahler agieren“, argumentiert IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Höhne und fordert: „Wir brauchen Weltoffenheit und Willkommenskultur und wir brauchen den EU-Binnenmarkt und internationale Handelsabkommen!“

Wir brauchen internationale Fachkräfte und Azubis, Wissenschaftler, Forscher und Studenten – vorrangig, weil der deutsche Arbeitsmarkt allein nicht den akuten Fachkräftebedarf unserer Unternehmen decken

kann, aber auch weil der Austausch von Forschungsergebnissen, Technologien, Wissen und Erfahrungen wichtige Grundlagen unserer wirtschaftlichen Entwicklung sind. Nur wenn sich engagierte Menschen aus aller Welt bei uns wohlfühlen, werden sie zu uns kommen und nur so sind wir dauerhaft als Standort zum Arbeiten und Leben attraktiv.

Als Interessenvertretung der einheimischen Wirtschaft sind wir deshalb Teil der Aktion „Weltoffenes Thüringen“, die sich für Toleranz und eine offene, demokratische Gesellschaft einsetzt.

 thueringen-weltoffen.de

Zahlen und Fakten

70 %

... der Ostthüringer Unternehmen sehen in der aktuellen Wirtschaftspolitik das größte Risiko für ihre Firmenentwicklung in den nächsten zwölf Monaten.

 ihk.de/gera/konjunktur

Tu Gutes und rede darüber!



UNTERNEHMEN IN
Verantwortung

IHK-Preis Ostthüringen

Die IHK will mit dem Preis „Unternehmen in Verantwortung“ die immense Bedeutung des Engagements der Wirtschaft für die Gesellschaft herausstellen, denn: „Nachhaltiger Erfolg als Unternehmen ist nicht nur das Ergebnis guten ökonomischen Handelns. Moralische Werte und soziales Engagement sind nicht weniger wichtig“, sagt Almut Weinert, Bereichsleiterin Wirtschaft und Technologie bei der IHK.

Der Preis soll für gesellschaftliche Verantwortung im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens vergeben werden. Das umfasst soziale, ökologische und ökonomische Aspekte. Konkret geht es um:

- neue Ideen für Mitarbeiterfindung und -bindung, Berufsorientierung
- sparsamen Einsatz von natürlichen Ressourcen
- Schutz von Klima und Umwelt sowie
- Engagement vor Ort

Für den Preis können sich Mitgliedsunternehmen der IHK Ostthüringen bewerben oder vorgeschlagen werden.

Bewerbungsschluss ist der 31. Juli 2024.

Die Preisträger werden auf der öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung am 12. September 2024 ausgezeichnet. Schirmherr des Preises ist Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Horst Köhler.

 ihk.de/gera
(Dok.-Nr. 6111252)



Titelthema

Unternehmertum wertschätzen

#GemeinsamBesseresSchaffen – jetzt!

Unternehmertum wertschätzen

Positionen und Forderungen der IHK zur Thüringer Landtagswahl 2024

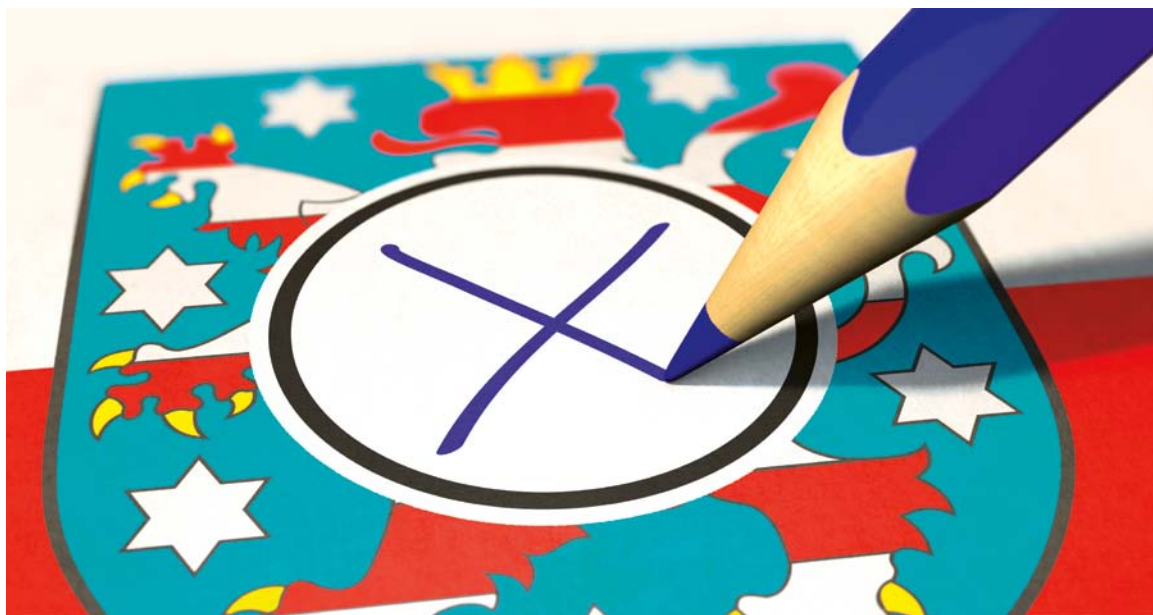


Foto: DesignRage/shutterstock.com

Verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen mit ausreichenden Entscheidungsspielräumen für kreatives Unternehmertum – das braucht die Wirtschaft heute mehr denn je. Nur eine starke Wirtschaft ist eine solide, tragfähige Basis für die Bewältigung der aktuellen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Es geht um mehr als Geld: „Lasst Unternehmen Eigenverantwortung und Gestaltungsspielräume, damit sie ihre Stärken, ihre Innovationskraft und ihren Ideenreichtum entfalten können“, fordert IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Höhne. Dafür sei nicht nur die Europa- und Bundespolitik gefragt, auch bei uns in Thüringen müssen die richtigen Leitplanken gesetzt werden. Hier die wichtigsten Themen aus Sicht der Wirtschaft:

Bürokratie endlich deutlich reduzieren!

Das Übermaß an Regulierungen, Vorschriften, Berichts- und Meldepflichten, das die Unternehmen in ihrer

Handlungs- und Entscheidungsfreiheit einschränkt, ist zum großen Teil auf europäische oder Bundesregelungen zurückzuführen. Aber auch die Landespolitik ist gefragt: „Unternehmer fordern, dass Behörden und Verwaltungen sich mehr als Dienstleister für die Umsetzung ihrer Projekte und Anfragen einsetzen – Lösungen anstatt Gründe zur Verhinderung suchen“, verweist der IHK-Chef auf die Ergebnisse der aktuellen IHK-Standortumfrage. Die Folge: Entscheidungsprozesse werden überfrachtet und unnötig in die Länge gezogen.

Lösungsansatz aus Sicht der Wirtschaft: Effiziente, kompetente und leistungsfähige Verwaltungsstrukturen entwickeln – so wenig wie nötig, statt so viel wie möglich – um kostengünstig, transparent, rechtssicher, zügig sowie insgesamt bürokratiearm und wirtschaftsfreundlich arbeiten. Nur optimierte Verwaltungsprozesse sind eine gute Basis für eine erfolgreiche Digitalisierung.

Digitalisierung braucht bessere Infrastruktur!

Aber ohne leistungsstarke und sichere Infrastruktur funktioniert Digitalisierung nicht. Nur mit verfügbaren Glasfaseranschlüssen können Unternehmen ihren Bedarf an Bandbreite zukünftig decken. Der Netzausbau kann allerdings mit den steigenden Anforderungen kaum Schritt halten, wie die aktuelle Digitalisierungsumfrage zeigt.

Lösungsansatz aus Sicht der Wirtschaft: Zügiger flächendeckender Ausbau hochleistungsfähiger digitaler Infrastrukturen wie Glasfaser- und Mobilfunknetze sowohl im ländlichen Raum als auch in unterversorgten Gebieten von Ballungsräumen. Genehmigungsprozesse für den Ausbau verschlanken.

Verlässliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung!

Preise auf hohem Niveau, fehlende Planbarkeit und Verlässlichkeit – die Energiepolitik führt in vielen Industriebetrieben zu großem Unmut und ist längst ein unkalkulierbares, wirtschaftliches und zum großen Teil hausgemachtes Risiko.

Lösungsansatz aus Sicht der Wirtschaft: Technologieoffene, innovative Lösungen unterstützen – von Energiegewinnung über Speichermöglichkeiten bis hin zu Energieeffizienz. Ausbau der Versorgungsnetze vorantreiben durch Bereitstellung von Flächen und beschleunigte Genehmigungsverfahren.

Einheimische Rohstoffpotenziale mehr nutzen!

Für zahlreiche Produkte müssen Rohstoffe importiert werden. Verfügbarkeit und Preisentwicklung stellen Unternehmen vor riesige Probleme. Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft bietet große Chancen für mehr Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit.

Lösungsansatz aus Sicht der Wirtschaft: Akzeptanz für Rohstoffgewinnung und Nutzung einheimischer Rohstoffe deutlich ausbauen. Kreislaufwirtschaft unternehmensfreundlich und wettbewerbsfähig organisieren und damit die Rahmenbedingungen für mehr Ressourceneffizienz und Recycling verbessern, um den Einsatz von regional verfügbaren Ersatz- und Recyclingbaustoffen zu forcieren.

Wettbewerbsfähige Standortkosten!

Der Wirtschaftsstandort ist im regionalen und im internationalen Vergleich zu teuer! Bei kommunalen Abgaben, wie Grund- und Gewerbesteuern oder der



Lasst Unternehmen Eigenverantwortung und Gestaltungsspielräume, damit sie ihre Stärken, ihre Innovationskraft und ihren Ideenreichtum entfalten können.

Gebühren für Wasser/Abwasser und Abfall/Entsorgung sehen die Unternehmen deutliches Verbesserungspotenzial.

Lösungsansatz aus Sicht der Wirtschaft: Weniger ist hier mehr und macht den Standort attraktiver für Unternehmen, was am Ende auch dem „Stadtsäckel“ zugutekommt.

Fachkräfte sichern!

Fachkräfte, Azubis und auch Hilfskräfte zu finden, bleibt für die Unternehmen eine große Herausforderung – vor allem im gewerblichen Bereich wird händelringend gesucht. Die Erfahrung vieler Firmenchefs: Das Qualifikationsniveau von Stellenbewerbern und Schulabgängern passt nicht. Für Migranten sind die Hürden in den deutschen Arbeitsmarkt immer noch zu hoch.

Lösungsansatz aus Sicht der Wirtschaft: Zusammenarbeit zwischen Schulausbildung, Ausbildung und Bedarf der Wirtschaft gezielt ausbauen. Das Bildungssystem muss an neue Herausforderungen schnellstmöglich angepasst werden. Berufsschulangebote in Firmennähe sind ebenso wichtig wie gezielte, unbürokratische Qualifizierungsmöglichkeiten.



IHK-Wahlarena

18. August, 9.00 Uhr
im IHK-Bildungszentrum Gera



[ihk.de/gera/
landtagswahl](https://ihk.de/gera/landtagswahl)

Was jetzt passieren muss, um das Ruder herumzureißen

IHK-Organisation: Zehn konkrete Vorschläge für wirkungsvollere Weichenstellungen in der Wirtschaftspolitik



Wir setzen auf eine starke Trendwende und eine Zukunft für unsere Wirtschaft. Aber wir haben nicht mehr viel Zeit!

Peter Adrian
DIHK-Präsident



Foto: DIHK

Mit zehn konkreten Vorschlägen für wirkungsvollere Weichenstellungen in der Wirtschaftspolitik will die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) die aktuelle Strukturkrise überwinden. Was jetzt passieren muss, um das Ruder herumzureißen, hat die DIHK-Vollversammlung, in der alle 79 IHKs vertreten sind, in einer Resolution formuliert.

Kräftiges Aufbruchssignal nötig, um Vertrauen zurückzugewinnen

Nur mit einem kräftigen Aufbruchssignal kann die Politik bei den Unternehmen wieder Vertrauen zurückgewinnen, das sie in den vergangenen Jahren verloren

hat: Zu viele Ankündigungen, zu wenige gute Taten. Entgegen den Entlastungsversprechen sieht sich die Wirtschaft mit mehr Berichtspflichten und Vorgaben konfrontiert. Und weitere Belastungen sind noch auf der Agenda.

Verstärkter Druck in Richtung Reformen

Der Frust und immer öfter auch die Verzweiflung bei vielen Betrieben wachsen – und die Verlagerung von industrieller Produktion ins Ausland nimmt zu. Zudem bringen eine unsichere Energieversorgung, hohe Energie- und Rohstoffkosten sowie tiefgreifende Veränderungen durch Digitalisierung, Dekarbonisierung

und durch die demografische Entwicklung ohnehin große unternehmerische Herausforderungen mit sich. Aktuell erhöhen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Haushaltspolitik und seine Folgen die Unsicherheit. Das aber verstärkt den Druck in Richtung Reformen und solide Finanzpolitik.

Positive Veränderungen müssen schnell und konkret in ihrer Praxis ankommen

Die Unternehmen werden in der Breite nur dann wieder mehr Vertrauen in die Politik gewinnen, wenn positive Veränderungen in ihrer Praxis ankommen – schnell und konkret. Dabei geht es zunächst um mehr Vertrauen in die Eigeninitiative. Vor allem sollten sich die politisch Handelnden von der Vorstellung befreien, alles bis ins Kleinste regeln zu wollen. Die Königsdisziplin guter Politik sind einfache, nachvollziehbare Regeln mit guter Wirkung in der Praxis – vor allem in der betrieblichen Realität. Mit Detailsteuerung und sich widersprechenden Vorschriften überfordert der Staat nicht nur die Wirtschaft. Er überfordert nicht zuletzt sich selbst. Es werden Regeln, Pflichten, Vorgaben geschaffen, die am Ende ja auch kontrolliert werden müssen. Und es werden in der Sache Versprechungen gemacht, die in der Praxis oft nicht zu halten sind. Nicht mehr komplizierte Regeln, sondern mehr gute, wachstumsorientierte Politik wünschen sich die Betriebe!

Mehr auf das Engagement und die Kreativität der Unternehmen setzen

Politik soll Leitplanken und Spielräume definieren, sie soll gute Rahmenbedingungen setzen. Und dann sollte sie das Vertrauen haben, dass die Unternehmen diesen Rahmen ausfüllen. Ein solches Zeichen der Anerkennung wäre wichtig. Gerade angesichts der multiplen

Krisen muss die Politik mehr auf das Engagement und die Kreativität im Land setzen – und diese auch ermöglichen.

Die Botschaft der Politik muss sein: Wir brauchen euch, wir wollen euch machen lassen, wir setzen auf eure Eigenverantwortung – in den Unternehmen, in der Gesellschaft. Dann können wir Deutschland wirtschaftlich erfolgreich in die Zukunft führen. Dann kann gegenseitiges Vertrauen wieder entstehen. Dann können wir #GemeinsamBesseresSchaffen – jetzt.

Wir brauchen ein neues Wir-Gefühl

Wenn sich jeder auf seine Kernaufgaben konzentriert und die Stärken des anderen schätzt, dann kann ein Projekt erfolgreich sein – das gilt im Unternehmen, das gilt aber auch für unser Land insgesamt. Wir wollen uns als Wirtschaft einbringen in das Lösen von Problemen. Dazu muss Politik aber auch frühzeitig diese Perspektive der betrieblichen Praxis im Dialog berücksichtigen. Wir brauchen für ein erfolgreiches Deutschland ein neues Wir-Gefühl, geprägt von gegenseitigem Vertrauen, Wertschätzung und Dialog.

Mutige Weichenstellungen jenseits von Populismus und Kleinmut notwendig

So schwierig die aktuelle Lage auch ist, sie bietet ein Momentum, jetzt die Zeitenwende in der Wirtschafts- und Standortpolitik einzuläuten. Wir brauchen mutige Weichenstellungen jenseits von Populismus und Kleinmut. Weichenstellungen, die kurzfristig Entlastungen ermöglichen, die in der Praxis direkt ankommen und langfristige Maßnahmen, die den Standort Deutschland attraktiver gestalten.



dihk.de/
resolution2023



#GemeinsamBesseresSchaffen – jetzt!

1. Entschlossen Deutschlandtempo bei Planung und Genehmigung vorantreiben!
2. Energieangebot ausbauen, weniger abschalten!
3. Zuwanderung: Verfahren vereinfachen und beschleunigen!
4. Investitionsbremsen in der Besteuerung lösen!
5. Berufliche Bildung wertschätzen, Berufsschulpakt starten!
6. Innovationen ermöglichen – von AI bis zu Zukunftstechnologien!
7. Wirtschaftliche Offenheit bewahren – internationale Kooperation stärken!
8. Kreislaufwirtschaft für Rohstoffunabhängigkeit und Klimaschutz nutzen!
9. EU-Regulierungslast und Bürokratie reduzieren!
10. Infrastrukturdefizite beheben von Breitband bis Wasserstraßen!

1. Entschlossen Deutschland-tempo bei Planung und Genehmigung vorantreiben!

Die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland muss mehr als halbiert werden, andernfalls werden Wachstum, Innovation und Veränderungsgeschwindigkeit in Deutschland durch diese endlosen Verfahren ausgebremst.

Die Politik sollte nun verstärkt auch Genehmigungs- und Prüfpflichten für die Zulassung für Infrastrukturen, Anlagen oder Gebäude abbauen. Konkret gelingt der Bürokratieabbau etwa durch höhere Bagatellschwellen für genehmigungsfreie Vorhaben oder Ausnahmen von Prüfungen bei Anlagenänderungen. Genehmigungspflichten sollten zudem vermehrt durch Anzeigepflichten ersetzt werden. Auch die Anzahl an Gutachten und Nachweisen sollte über alle Gesetze hinweg reduziert werden.

Die durchgehend digitale Beteiligung sollte über eine bundesweite Plattform für Antragsteller, Behörden und Gerichte gewährleistet werden. Unternehmen müssen Daten dann nicht mehrfach zuliefern, die bereits bei der öffentlichen Hand vorliegen.

2. Energieangebot ausbauen, weniger abschalten!

Es sollten Anreize für Strom-Partnerschaften etabliert werden, um das Stromangebot auszubauen. Im Ergebnis werden die Stromkosten gesenkt und Investitionen aus der Privatwirtschaft in den Ausbau erneuerbarer Energien mobilisiert.

Die Stromkosten sollten von zusätzlichen Steuern, Abgaben, Umlagen und zunehmend steigenden Netzentgelten entlastet werden. Strom sollte im Vergleich zu fossilen Energieträgern günstiger sein und nicht durch zusätzliche Kostenbestandteile verteuert werden.

Die Politik muss klar signalisieren, dass heimische Ressourcen wie Gasvorkommen oder Geothermiepotenziale durch modernste Technologien zu erschließen sind. Zusätzlich sollten verstärkt langfristige Energiepartnerschaften mit Drittstaaten geschlossen werden, um die Energieversorgung am Standort Deutschland abzusichern.

3. Zuwanderung: Verfahren vereinfachen und beschleunigen!

Um das gesamte Zuwanderungsverfahren schneller und transparenter zu machen, muss der Visumprozess digitalisiert werden – beginnend mit einer Antragstellung im Onlineverfahren. AHKs sollten zudem bei der Antragstellung helfen können und damit zur Beschleunigung beitragen – nicht nur bei Geschäftsreisevisa, sondern auch bei Fachkräften.

Bei praktischen Problemen, Fragen, Beschwerden und Unklarheiten im laufenden Zuwanderungsverfahren brauchen Unternehmen und Fachkräfte eine solche Stelle, um schnell Unterstützung zu bekommen und Probleme rasch zu lösen.

Zentrale Ausländerbehörde in jedem Bundesland schaffen: Dort lässt sich wichtiges Know-how speziell für die Fachkräftezuwanderung aufbauen und bündeln, um die Prozesse zu beschleunigen.

4. Investitionsbremsen in der Besteuerung lösen!

Kern einer ambitionierten Zukunftspolitik sollte eine echte Unternehmensteuerreform sein. Diese sollte in erster Linie die im internationalen Vergleich hohe Steuerbelastung für Unternehmen in Deutschland von derzeit i. d. R. über 30 Prozent auf ein wettbewerbsfähiges Niveau reduzieren. Das Belastungsniveau in anderen Industriestaaten liegt in vielen Fällen nicht höher als 25 Prozent.

Die Gewerbesteuer als die dominierende Gemeindesteuer sollte perspektivisch durch eine gewinnabhängige Kommunalsteuer ersetzt werden.

5. Berufliche Bildung wertschätzen, Berufsschulpakt starten!

Die Bundesländer sollten eine ausgewogene und praxisorientierte Berufsorientierung zur Pflichtaufgabe an allen Schulen machen. Auch Gymnasien müssen über die vielfältigen Chancen einer Ausbildung und Höheren Berufsbildung informieren.

Berufsschulpakt starten: Dazu zählen eine gute und moderne Ausstattung der Schulgebäude – mit einer verlässlichen IT-Infrastruktur, mit modernen Lernmedien sowie ausreichend und gut qualifizierten Lehrkräften.

Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass bei der Umsetzung der gesetzlich verankerten Ausbildungsgarantie betriebliche Ausbildung und Einstiegsqualifizierungen Vorfahrt vor außerbetrieblicher Ausbildung behalten.

6. Innovationen ermöglichen – von AI bis zu Zukunftstechnologien!

Die Bundesregierung sollte rasch das Reallabore-Gesetz auf den Weg bringen. Reallabore sind ein hilfreiches Instrument, um Innovationen in einem gelockerten Rechtsrahmen zu ermöglichen und zugleich Regulierungen zu vereinfachen.

Die Bundesregierung ist gefragt, schnell Klarheit bei der Umsetzung des AI-Acts zu schaffen, welcher voraussichtlich 2024 beschlossen wird. Das würde Rechts- und Planungssicherheit für die deutsche Wirtschaft schaffen.

Die geplante Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) sollte sich für einen effektiven Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft einsetzen. Dieser sollte themen- und akteursoffen sowie unbürokratisch umsetzbar sein.

7. Wirtschaftliche Offenheit bewahren – internationale Kooperation stärken!

Die Bundesregierung sollte sich für die rasche Ratifizierung der EU-Abkommen mit Chile, Neuseeland und Kenia sowie den Abschluss der Abkommen mit Mercosur, Indien, Indonesien, Mexiko, Thailand und Australien einsetzen. Mit den USA sollten die Zollkonflikte beigelegt und Handelshemmnisse wie Doppelzertifizierungen abgebaut werden.

Die Politik sollte bei der Vielzahl an Nachhaltigkeitsregulierungen viel stärker den Austausch mit Handelspartnern suchen, auf eine unbürokratische Ausgestaltung setzen und die Unternehmen bei der Umsetzung unterstützen.

Entscheidungen über Lieferketten sollten weiterhin von Unternehmen getroffen werden. Die Wirtschaft steht hinter Entscheidungen zur Reduzierung kritischer Abhängigkeiten. Diese Abwägung findet jedoch immer in einem Spannungsfeld statt und sollte im Austausch mit der Wirtschaft erfolgen.

8. Kreislaufwirtschaft für Rohstoffunabhängigkeit und Klimaschutz nutzen!

Die Bundesregierung sollte die Rahmenbedingungen schaffen, damit Betriebe die Kreislaufwirtschaft intensiver als bisher nutzen können. Dazu gehört erstens, dass die Vergabekriterien in der öffentlichen Beschaffung Sekundärrohstoffe aus Recycling stärker als bisher berücksichtigen.

Für eine breite Akzeptanz der Digitalen Produktpässe (DPP) im deutschen Mittelstand muss seitens der Politik sichergestellt werden, dass diese nicht als weitere Anforderung, sondern als Chance für eine ressourcenschonende und klimaneutrale Produktion verstanden wird. Daher ist der Aufwand für zusätzliche Berichtspflichten zu minimieren.

9. EU-Regulierungslast und Bürokratie reduzieren!

Im parlamentarischen Verfahren des „Vierten Bürokratieentlastungsgesetzes“ sollte der Bundestag weitere Bürokratieabbaupotenziale für die Wirtschaft heben – und damit für spürbarere Entlastungen sorgen. Vorschläge hierfür liegen auf dem Tisch, wie z.B. die 90 Vorschläge der DIHK.

Die EU-Ebene sollte die IHK-Vorschläge für Bürokratieabbau aufgreifen und für weitreichende Entlastungen sorgen, wie z.B. das Zulassungsverfahren für die EU-Chemikalienverordnung REACH vereinfachen, die Re-Zertifizierung bereits auf dem Markt befindlicher Medizinprodukte erleichtern sowie die Datenschutzgrundverordnung überprüfen, damit die Erleichterungen für KMUs greifen können.

Die „One in, one out“-Regel sollte von der Bundesregierung und der EU-Kommission ausnahmslos auf alle europäischen Rechtsakte angewendet werden, was noch nicht der Fall ist. Bislang sind hierzulande umzusetzende EU-Regelungen von der deutschen „One in, one out“-Regel ausgenommen.

10. Infrastrukturdefizite beheben von Breitband bis Wasserstraßen!

Alle Projekte des Vordringlichen Bedarfs des Bundesverkehrswegeplans müssen umgesetzt werden. Hierfür müssen in den nächsten Jahren ausreichend Mittel zur Verfügung stehen und die Planungs- und Genehmigungsverfahren für alle Projekte beschleunigt werden.

Detaillierte Netzdaten und raumbezogene Informationen der öffentlichen Hand sollten systematisch zusammengeführt und konsequent für Planung, Genehmigung und Steuerung z.B. von Verkehrsströmen genutzt werden. Dabei müssen aktuelle IT-Sicherheitsstandards eingehalten werden.

Derzeit werden Pläne für das Wasserstoff-Kernnetz entwickelt, damit die Kerninfrastruktur bis 2032 in Betrieb genommen werden kann. Doch dieses Netz mit einer Länge von etwa 9.700 km reicht nicht aus, um die gesamte Wirtschaft zu defossilisieren. Es ist wichtig, auch kleineren Unternehmen Planungssicherheit zu gewährleisten und sie frühzeitig bei der Planung des zukünftigen Wasserstoffverteilungsnetzes einzubeziehen. Zu diesem Zweck steht die IHK-Organisation den Entscheidungsträgern (BNetzA und Koordinierungsstelle) zur Seite und stellt die in den Regionen erhobenen Daten zur Verfügung.

Konkrete Folgen von Bürokratie zeigen



Foto: New Africa /shutterstock.com

Vorschriften und Einschränkungen, Nachweisforderungen, Berichts- und Dokumentationspflichten, zu lange und umständliche Genehmigungs- und Antragsverfahren – die Liste der Vorgaben aus Europa, Bund und Ländern wird täglich länger. Die Bürokratie schießt weit übers Ziel hinaus und ist das Wirtschaftshemmnis Nummer eins.

Bürokratiemelder: Nachdruck für Forderungen

Wie wirkt sich Bürokratie in den Unternehmen aus? – Dafür hat die IHK auf ihren Internetseiten einen „Bürokratiemelder“ eingerichtet. Unternehmer können hier hinterlegen, wie sie Bürokratie erleben und welche Folgen das für sie hat. „Konkrete Beispiele von Bürokratiefolgen sind starke Argumente in den IHK-Gesprächen mit Politik und Behörden“, sagt Almut Weinert, Bereichsleiterin Wirtschaft und Technologie bei der IHK. „Wir können so mit Ihrer Hilfe unseren Forderungen mehr Nachdruck verleihen“, ruft sie alle Unternehmer auf, dieses Angebot zu nutzen.



[ihk.de/gera](https://www.ihk.de/gera)
(Dok.-Nr. 5947292)

Die Rahmenbedingungen für Thüringer Unternehmen werden immer schwieriger: hohe Kostenbelastungen, Fachkräftemangel und eine schwache Konjunktur. Wir brauchen schnellstens einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik!

Peter Höhne
IHK-Hauptgeschäftsführer



Wir brauchen einen Kurswechsel!

Die Mischung aus hohen Energiepreisen, einer Wirtschaftspolitik, die die Binnenfrage erheblich beeinträchtigt und fehlenden Mitarbeitern, führt zu miserabler Stimmung. Die schwache Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Monate dürfte sich im Jahr 2024 fortsetzen.

„Aktuell ist ganz Deutschland im internationalen Wettbewerb so schlecht aufgestellt wie lange nicht. In 2024 brauchen wir

schnellstens einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Statt zunehmender Regulierung und anderer preistreibender staatlicher Eingriffe bedarf es echter Entlastung der Unternehmen. Weniger Abgaben und niedrigere Steuern würden das operative Geschäft und Investitionen in den Regionen wieder wirtschaftlich machen“, sagt Peter Höhne, Hauptgeschäftsführer der IHK Ostthüringen.

Forderungen der IHK-Organisation auf den Punkt gebracht

- Leitplanken und Spielräume – gute Rahmenbedingungen setzen
- Vertrauen haben, dass die Unternehmen diesen Rahmen ausfüllen
- Engagement und Kreativität ermöglichen
- Mehr Eigenverantwortung in den Unternehmen, in der Gesellschaft
- Entlastung statt mehr Berichtspflichten und Vorgaben
- Energieversorgung sichern
- Detailsteuerung und sich widersprechende Vorschriften überfordern Wirtschaft und Staat
- Positive Veränderungen müssen in ihrer Praxis auch ankommen

Handel drängt auf Liberalisierung bei Ladenöffnung



Foto: ArTono/shutterstock.com

Eine substantielle und zügige Überarbeitung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes fordern die Unternehmer der Thüringer IHK-Ausschüsse für Tourismus, Handel und Stadtentwicklung. Die restriktiven Vorgaben zur Samstagsarbeit und zur Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage standen im Mittelpunkt der Diskussion, als sie sich zur Auswertung des Gutachtens „Der stationäre Handel in Thüringen im digitalen und demografischen Wandel bis 2030“ trafen, das vom Thüringer Wirtschaftsministerium beauftragt wurde. Zudem vermissen die Unternehmer Rechtsklarheit zu sog. 24h-Läden bzw. automatisierten Läden, die eine Chance zur Sicherstellung der Nahversorgung gerade im ländlichen Raum seien.

Laut Gutachten sind die größten Herausforderungen für die Händler der Fachkräftemangel, rechtliche Unsicherheiten sowie Schulungsbedarfe mit Blick auf die Digitalisierung. Aus Sicht der Konsumenten sind es die wachsende Bedeutung des Online-shoppings, ein attraktives Produktsortiment und die gute Erreichbarkeit der Geschäfte sowie die Attraktivität des stationären Handels als Arbeitgeber relevant. Das Gutachten identifiziert mehrere Handlungsfelder mit jeweils konkreten Maßnahmen, zum Beispiel zu vitalen Innenstädten, Management und Marketing, Mobilität, Nahversorgung (u.a. Rechtsicherheit für 24h-Märkte) sowie Fachkräfte.

Zahlen und Fakten

64%

... der Unternehmer würden laut IHK-Standortumfrage vom Herbst 2023 den Wirtschaftsstandort Ostthüringen weiterempfehlen.



ihk.de/gera/standortumfrage
(Dok.-Nr. 127879)

Unternehmen überzeugen mit Leistung

Worauf sind Unternehmen in Ostthüringen besonders stolz? Dazu hat die IHK 5.000 Unternehmer befragt. Das Fazit auf den Punkt gebracht: Langjähriger Markterfolg dank erfolgreicher Unternehmenskonzepte, Innovationen und Dienstleitungen – trotz Bürokratie, Papierkrieg und aktueller Wirtschaftspolitik.



Foto: Robert Kneschke/shutterstock.com

Unternehmen überzeugen mit Leistung. Selbstbewusst verweisen sie nicht nur auf Tradition, sondern auch auf gelungene Innovationen in Produktentwicklung, Digitalisierung oder Umstellung auf neue Energiekonzepte. Besonders wichtig ist ihnen der persönliche Kontakt zu Kunden, Partnern und zu den eigenen Mitarbeitern. Regionale und internationale Netzwerke und Partnerschaften wurden aufgebaut und werden gepflegt. Ein häufig genannter Erfolgsfaktor sind gut ausgebildete, kompetente Mitarbeiter und ein tolles Team. Nur so sei es möglich, Expertise im Unternehmen aufzubauen und zu halten, die Grundlage für ein hohes Qualitätsniveau und langfristige Kundenbeziehungen.



IHK-Veranstaltungsreihe
„So machen wir das!“

ihk.de/gera/175jahre

Deutschland-Tempo = Schnecken-Tempo?

Rasant ist anders:

Bislang wurden erst 20 Prozent der Vorhaben begonnen.



Foto: Oleg Troino/shutterstock.com



Den kompletten Artikel lesen



ihk.de/gera/magazin
(Dok.-Nr. 6105506)

Das so oft angekündigte Deutschland-Tempo kommt weder auf die Straße noch in Schwung. Bund und Länder hinken bei der Umsetzung ihres im November 2023 beschlossenen Paktes für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren hinterher. Das zeigt der „Beschleunigungsmonitor“, in dem die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) die aus Sicht der Wirtschaft wichtigsten gesetzlichen Maßnahmen beobachtet. Danach sind bislang nur 20 Prozent der in Aussicht gestellten Erleichterungen begonnen worden.



Nur wenn die Betriebe die Entlastungen im Alltag erleben, ... werden sie investieren.

Peter Adrian
DIHK-Präsident

„In der Praxis geht kaum etwas voran“, kritisiert DIHK-Präsident Peter Adrian. „Nur ein Fünftel der geplanten Maßnahmen wurde bislang angepackt. Und diese Änderungen beschränken sich häufig auf einen Bruchteil der tatsächlichen Genehmigungsverfahren. Statt Höchstgeschwindigkeit sehen die Unternehmen Schneckentempo.“

Der neue DIHK-Beschleunigungsmonitor erfasst insgesamt 53 versprochene Erleichterungen – von Genehmigungsfiktionen bis hin zu Einschränkungen bei der aufschiebenden Wirkung. Bis Ende März waren schnelle Ergebnisse angekündigt.

Der DIHK-Präsident warnt: „Der Beschleunigungspakt droht ein weiteres Beispiel dafür zu werden, wie angekündigte Entlastungen im Gesetzesprozess Stück für Stück wieder zerrinnen. Das wäre aus Sicht der Unternehmen sehr problematisch: Fast 60 Prozent der Betriebe stufen derzeit die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen am Standort Deutschland als Geschäftsrisiko ein.“

Endlich den Turbo anwerfen

„Bund und Länder sollten daher endlich den Beschleunigungsturbo anwerfen“, mahnt Adrian. „Es geht darum, jetzt die Weichen dafür zu stellen, dass noch vor der parlamentarischen Sommerpause konkrete Gesetzesänderungen kommen.“

Denn bis die Beschleunigungen im betrieblichen Ablauf wirklich angelegten, sei es auch dann oft noch ein weiter Weg. „Nur wenn die Betriebe die Entlastungen im Alltag erleben, können sie wieder Vertrauen und Zuversicht entwickeln und werden investieren“, stellt der DIHK-Präsident klar. „Das brauchen wir, um den Wirtschaftsstandort Deutschland aus der zu Krise bringen.“



Foto: Funtap/shutterstock.com

Konjunktur weiter auf Talfahrt

IHK-Umfrage: Ausblick trüb – wenig Lichtblicke

Nach einer insgesamt schwachen Entwicklung im Vorjahr kann die Konjunktur noch immer nicht Tritt fassen. Die Unternehmen sind weiter im Sog der schwachen nationalen und globalen Wirtschaftsentwicklung. Der IHK-Konjunkturklimaindikator bleibt auch zu Jahresbeginn auf Talfahrt und rangiert noch unter dem Wert der Umfrage im Herbst.

Lage so ungünstig, wie zuletzt inmitten der Corona-Pandemie

Die gegenwärtige Geschäftslage wird von den Ostthüringer Unternehmen so ungünstig wie zuletzt inmitten der Corona-Pandemie eingeschätzt. Die Lage ist in allen Branchen angespannt. Die Industrie hat mit einer schleppenden Auftragsentwicklung zu kämpfen. Im Baugewerbe belasten Investitionszurückhaltung und gestiegene Zinsen das Geschäft. Das schlechte Konsumklima sorgte für ein überwiegend enttäuschendes Weihnachtsgeschäft im Ostthüringer Handel. Im Verkehrs- und Dienstleistungsgewerbe hinterlässt die Konjunkturschwäche in der Industrie zunehmend Spuren und unter den touristischen Betrieben ist die Stimmung aufgrund der wieder angehobenen Umsatzsteuer auf Speisen gedrückt.

„Die Unternehmen stehen unter enormem Kostendruck. Mittel für notwendige Investitionen sind vieler-



Die Unternehmen benötigen dringend einen Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik.

Almut Weinert

Bereichsleiterin
Wirtschaft und
Technologie
in der IHK



[ihk.de/gera/
konjunktur](https://ihk.de/gera/konjunktur)

orts kaum vorhanden. Hinzu kommt eine Wirtschaftspolitik, die von den Unternehmen erneut als größtes Geschäftsrisiko bewertet wird: zu viel an Steuern, Abgaben, Verboten und Bürokratie“, erklärt Almut Weinert, Bereichsleiterin Wirtschaft und Technologie in der IHK.

Kaum Hoffnung auf eine konjunkturelle Belebung

Nur zwölf Prozent der Betriebe geben eine positive Prognose ab, während fast die Hälfte aller Befragten mit einer ungünstigeren Entwicklung und 41 Prozent mit gleichbleibenden Geschäften rechnen. Die Zurückhaltung spiegelt sich in den Personalplänen wider. Nur acht Prozent der Betriebe rechnen mit neuen Mitarbeitern und 21 Prozent erwarten einen Personalrückgang.

„Die Unternehmen benötigen dringend einen Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik, zukunftsfähige Rahmenbedingungen plus Planbarkeit und Verlässlichkeit. Investitionen in unseren Standort müssen sich wieder lohnen. Das heißt: wettbewerbsfähige Energiepreise und niedrigere Steuern, einfache und schnelle Genehmigungsverfahren und ein Ende des zunehmenden Bürokratiewahnsinns“, fordert Weinert. Nur so komme die Wirtschaft zurück auf Wachstumskurs.

Wirtschaft trifft Politik



Foto: IHK Ostthüringen



[ihk.de/gera/
standortumfrage](https://ihk.de/gera/standortumfrage)
(Dok.-Nr. 127879)

Die aktuelle Standortumfrage der IHK zeigt, dass die hiesigen Unternehmer durchaus zufrieden mit ihrem Wirtschaftsstandort sind: Jeder zweite beurteilt ihn als gut oder sehr gut. 64 Prozent würden ihn sogar weiterempfehlen. Die Umfrage zeigt aber auch: An vielen Stellen besteht dringender Handlungsbedarf. Die Unternehmen sind unzufrieden mit der als wirtschaftsfeindlich erlebten Bundes- und Europapolitik. Im unmittelbaren Umfeld sorgen vor allem die alltäglichen Erfahrungen mit der eigenen Kommune für Unmut.

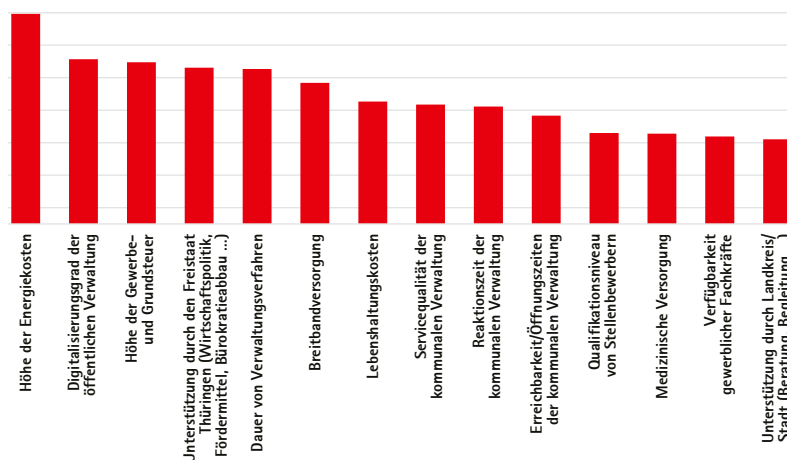
Gemeinsam Standort stärker machen

Genau diese standen im Mittelpunkt der IHK-Veranstaltungsreihe „Wirtschaft trifft Politik“: Unternehmer diskutierten am 11. März in Gera und am 15. April in Hermsdorf im Vorfeld der Kommunalwahl mit Amtsinhabern und Kandidaten, wie die Anforderungen der Wirtschaft künftig gemeinsam umgesetzt werden können.

Diskutierte Themen:

- Servicequalität und Dienstleistungsmentalität der Verwaltung – Wie sollen diese verbessert werden?
- Digitalisierung der Verwaltung – Was werden die Kandidaten unternehmen, damit die Digitalisierung in den Ämtern mit der Digitalisierung in den Unternehmen Schritt hält?
- Standortkosten – Wie wollen die Kandidaten die Belastung für die Unternehmen mindern?
- Höhe Gewerbe-/Grundsteuer, Wasser-/Abwasser und Entsorgungskosten
- Fachkräftesicherung – Was wird getan, um die Unternehmen bei der Gewinnung und dem Halten von Arbeitskräften zu unterstützen? Wie soll die Attraktivität der Region für Fachkräfte verbessert werden?
- (Breitband-)Infrastruktur – Welche konkreten Maßnahmen sind für die nächste Amtsperiode geplant?

Standortfaktoren mit dem größten Handlungsbedarf*



* die größten Abweichungen zwischen den Bewertungen „Wichtigkeit“ und „Zufriedenheit“

Heimat shoppen



Foto: Animaflora PicsStock/shutterstock.com

9

Ostthüringer Städte planen „Heimat shoppen“-Aktionstage. Darunter zum ersten Mal: Gera (Foto) und Schleiz.

Im Juni starten die diesjährigen Aktionstage „Heimat shoppen“ in Ostthüringen. Durch abwechslungsreiche Programme und Aktionen wollen die Städte wieder mehr Aufmerksamkeit darauf lenken, vor Ort einzukaufen und die vielfältigen Angebote der Innenstadt zu nutzen. Insgesamt neun Städte haben ihr Interesse bekundet und planen wieder attraktive Aktionen. Wieder dabei sind Rudolstadt, Zeulenroda, Jena, Eisenberg, Saalfeld, Pößneck und Greiz. Neu hinzugekommen sind Gera und Schleiz.

Potenzial des lokalen Einzelhandels und attraktiver Innenstädte deutlich machen

Die Händler der Innenstädte arbeiten dafür mit Gastronomie, Dienstleistern, Kunst und Kultur daran, diesen Erlebnisraum gemeinsam zu schaffen. Ziel ist,

die Bedeutung und das Potenzial des lokalen Einzelhandels und attraktiver Innenstädte wieder stärker in das Bewusstsein zu rücken. Die IHK unterstützt die Aktionen mit der kostenfreien Bereitstellung von Werbematerialien sowie durch Öffentlichkeitsarbeit.

Positives Fazit nach fünf Jahren „Heimat shoppen“

Städte, Gewerbevereine, Unternehmen in der Innenstadt und die IHK freuen sich auf die Neuauflage der „Heimat shoppen“-Aktionstage in Ostthüringen. Ihr Fazit nach fünf Jahren „Heimat shoppen“ in Ostthüringen: Die Aktionen sind bei Unternehmen und vor allem den Kunden gut angekommen. Ihre Erfahrungen tauschten die „alten“ und „neuen“ Aktionsstädte beim 2. Netzwerktreffen am 22. Januar aus, gaben Tipps für das Gelingen der Events und diskutierten neue Ideen.



ihk.de/gera/heimatshoppen

Bürokratie nervt am meisten

Was sind die größten Hemmnisse im unternehmerischen Alltag und welche praxistauglichen Lösungsvorschläge sehen Sie? Dazu hat die IHK 5.000 Unternehmer befragt.



Foto: alphaspirit.it/shutterstock.com

Das Ergebnis zeigt: Bürokratie nervt am meisten. 30 Prozent der Unternehmen kämpfen mit Statistikmeldungen, auszufüllenden Formularen für Ämter, zeitaufwendigen Antragstellungen und Abrechnungen, überkomplexen Verfahren bei der öffentlichen Auftragsvergabe usw. Auch die Wirtschaftspolitik von Ampel bis EU steht in der Kritik, da sie zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit geht. Fach- und Arbeitskräftemangel, Verwaltung, Kosten und Steuern werden ebenfalls genannt.

Lösungsvorschläge (Auswahl):

- Vereinfachte Verfahren/Gesetze
- Förderprogramme entbürokratisieren
- Servicegedanken der Verwaltung „einimpfen“
- Schulbildung/Ausbildung verbessern
- professionelle Umsetzung Tourismuskonzept (Gera)
- Steuersystem vereinfachen („Bierdeckel-Variante“)
- Breitbandausbau
- schnellere Digitalisierung der Verwaltung



IHK-Veranstaltungsreihe mit Oberbürgermeistern und Landräten zu diesen Themen

ihk.de/gera/175Jahre



Vereint für Veränderung

Damit Politik und breite Öffentlichkeit auch die damit verbundenen Probleme der Wirtschaft besser verstehen, bereiten DIHK und IHKs einige anschauliche Beispiele aus der betrieblichen Praxis für die Sozialen Medien auf – Slogan: „Ich kann so nicht arbeiten“.

Eines dieser Beispiele ist die in Jena ansässige Occlutech GmbH, die Implantate für Patienten mit Herzfehlern herstellt, sogenannte Okkluder. Das Unternehmen leidet unter den Folgen der vor drei Jahren in Kraft getretenen „Medical Device Regulation“, kurz MDR: Die Verordnung sorgt für einen hohen bürokratischen Aufwand, stark gestiegene Kosten und horrende Wartezeiten bei der Bearbeitung der Zertifikatsanträge. Die Folge: Immer mehr Medizinprodukte werden in der EU vom Markt verschwinden, Innovationen ausgebremst. Dr. Morwan Choli, Geschäfts-

führer der Occlutech GmbH, sieht Hebel bei der Politik: „Wir brauchen schnellere Zertifizierungsverfahren und rechtssichere Vereinfachungen für alle Produkte, besonders aber für Nischenprodukte. Damit werden auch wieder mehr betriebliche Ressourcen für Innovationen frei.“

Zu oft sind in der Vergangenheit auf Entlastungsankündigungen keine konkreten Umsetzungsschritte gefolgt. Ganz im Gegenteil: Unternehmen werden überrollt von immer mehr Restriktionen, Einschränkungen und Vorschriften. Und die Hürden für die Wirtschaft und besonders für Industrieunternehmen werden dank neuer und geplanter EU-Bestimmungen immer höher und zahlreicher.



dihk.de/resolution2023
occlutech.com

Es gibt für uns keine bessere Alternative als Europa!

DIHK-Präsident
Peter Adrian



Foto: DIHK/Werner Schuering

Wer hat sich nicht schon über Europa geärgert? Selbst mir als überzeugtem Europäer kommt es manchmal so vor – besonders wenn ich gerade aus Brüssel komme, dass ich an Europa verzweifle.

Haben Sie aber schon mal überlegt, wie es wäre, wenn Europa plötzlich weg wäre? Ein Blick nach Großbritannien zeigt, wie groß doch die Ernüchterung ist. Trotz des Frustes hier und da – ich bin davon überzeugt: Es gibt für uns keine bessere Alternative als Europa! Deshalb gibt es nur den Blick nach vorn: die Europäische Union besser und schlanker machen, mehr Wettbewerb zulassen, den Mittelstand stärker berücksichtigen.

Zur Wahrheit gehört nämlich genauso: In den Unternehmen ist Europa sehr konkret spürbar – und zwar durch eine Regulierungsflut, die immer neue und zusätzliche Vorgaben und Dokumentationspflichten über die Unternehmen spült. „One in, one out“? Davon ist nichts zu spüren. Auf eine wegfallende EU-Regelung kommen inzwischen mehr als drei neue. Und das kostet: Bürokratie – gemacht auf allen Verwaltungsebenen – belastet die deutsche Wirtschaft laut Berechnungen des Nationalen Normenkontrollrates jedes Jahr mit etwa 65 Milliarden Euro.

Die Weiterentwicklung des Binnenmarktes stockt, wichtige internationale Handelsabkommen liegen auf Eis, und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas ist im Sinkflug begriffen. Es gibt genug Konkretes, das angepackt werden müsste. Stattdessen werden mehr und mehr Ober-

grenzen, Vorgaben, Verbote, Zielmarken in Brüssel und Straßburg entwickelt – und dann auch noch in deutscher Gründlichkeitsmanier bei uns vor Ort durch zusätzliche Regelungen, Berichts- und Nachweispflichten weiter verkompliziert.

Europa und die Europäische Union sind nicht abstrakt. Im Gegenteil: Wir spüren sie jeden Tag in unserem betrieblichen Alltag, auf die gute wie auch auf die zeitraubende Weise. Und gerade deswegen ist es so wichtig, dass wir als Wirtschaft unsere Stimme erheben – und sagen, worauf es aus unserer Sicht ankommt.

Was das ist? Wir brauchen einen mutigen Aufbruch statt kleinteiliger Vorschriften. Globale Wettbewerbsfähigkeit statt zu enge Zielvorgaben. Und Digitalisierung, Schnelligkeit und Innovation statt bürokratischen Bremsen.

Es ist und bleibt bei aller berechtigten Kritik wahr: Europa ist die Lösung für eine gute Zukunft in der sich ändernden Welt. Aber nicht das Europa der Bürokraten, der Zweifler und der Bremser – sondern das Europa der Macher, der Unternehmer und der Neugierigen.

Aktuell ist die Welt wie aus den Fugen geraten. Es wird immer schwerer – das sehen wir auch in der deutschen Politik, gemeinsame Entscheidungen zu treffen, gute Kompromisse zu finden und sich an Verabredungen zu halten. Da ist es schon fast ein Wunder, wie gut Europa am Ende doch funktioniert!

10 Forderungen

Die Europäische Union muss nach Einschätzung der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) dringend die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft stärken. Derzeit stehe der Standort Europa enorm unter Druck. In einem aktuellen Positionspapier listet die DIHK zehn Vorschläge für eine Wettbewerbsfähigkeits-Agenda auf.



Foto: Dilok Klaisataporn/shutterstock.com

Im Juni 2023 hatte die DIHK zehn Leitlinien für eine bessere Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa beschlossen.

1. Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung endlich umsetzen
2. Schnellere Genehmigungsverfahren
3. International wettbewerbsfähige Energiepreise in der EU sicherstellen
4. Resilienz von Wertschöpfungs- und Lieferketten erhöhen
5. Innovation und Forschung in der EU stärken
6. Handelsabkommen voranbringen
7. Datennutzung ermöglichen
8. Chancen der Künstlichen Intelligenz ergreifen
9. Cybersicherheit stärken
10. Fachkräfte entwickeln, gewinnen und halten



Mehr Informationen

Special „EUROPAWAHL 2024“
ihk.de/gera/magazin/specials

Wirtschaft wieder stark machen



Foto: Bartolomiej Pietrzyk/shutterstock.com

Auch wenn der Standort EU gerade für Industriebetriebe an Attraktivität verloren hat, setzen die deutschen Unternehmen einer aktuellen Umfrage zufolge weiter auf den Mehrwert der Europäischen Union. Sie fühlen sich aber auch durch Bürokratie und falschen Fokus blockiert.

Konkreter Nutzen auch für Unternehmer

Im IHK-Unternehmensbarometer zur Europawahl 2024 beschreibt eine breite Mehrheit der Unternehmen wichtige Errungenschaften der EU als konkreten Nutzen auch für ihr Geschäft. Dazu zählen: politische Stabilität, eine gemeinsame, stabile Währung, einheitliche EU-Normen und Standards, Zugang zu europäischen Märkten, weniger Wettbewerbsverzerrungen und Fachkräftegewinnung aus anderen EU-Mitgliedsstaaten.

Gefahr, im internationalen Wettbewerb an Boden zu verlieren

Alarmierend ist allerdings: Für zwei Drittel der deutschen Industriebetriebe ist die Attraktivität der EU als Unternehmensstandort in den vergangenen fünf Jahren gesunken. „Europa läuft trotz der grundlegend guten Ausgangslage Gefahr, im internationalen Wettbewerb



Bürokratie muss ab- und nicht aufgebaut werden!

Martin Wansleben
Hauptgeschäftsführer der DIHK



Den kompletten Artikel lesen



ihk.de/gera/magazin/specials

an Boden zu verlieren. Dieser Trend muss umgehend gestoppt werden“, sagt Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). „Die EU braucht gerade bei dem viel zu bürokratischen Green Deal einen Kassensturz: Bürokratie muss ab- und nicht aufgebaut werden, damit die Betriebe mehr Ressourcen für eine klimagerechte Umgestaltung ihrer Geschäftsaktivitäten haben. Nur so kann Europa wieder ein attraktiver Standort für Unternehmen werden.“

Bewährungsprobe für den Standort Europa

„Insgesamt muss sich die EU wieder auf ihre eigentlichen Kernaufgaben konzentrieren: die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit“, fordert DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben. „Hier hat die EU-Kommission einige Hausaufgaben zu machen, beispielsweise auch bei den Freihandelsabkommen. Das Mercosur-Abkommen sollte so schnell wie möglich abgeschlossen werden. Eine weitere Verzögerung geht zulasten der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.“ Zudem könnten Innovationen, technischer Fortschritt, der breite Einsatz von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz den Standort stärken.

Zehn Punkte, warum die EU für die Wirtschaft wichtig ist

Die EU beeinflusst in vielerlei Hinsicht die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft und bietet zahlreiche Vorteile: von der Förderung des Binnenhandels bis zur Schaffung von Arbeitsplätzen. DIHK kompakt fasst zehn wichtige Punkte zusammen.

1. Der Binnenmarkt mit Zollunion senkt Kosten und Handelsbarrieren
2. Der Schengenraum erleichtert die Mobilität
3. Niederlassungsfreiheit für Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
4. Nur eine Währung innerhalb der Eurozone
5. Gemeinsam mehr Einfluss auf der Weltbühne
6. Ein angeglicherer Rechtsrahmen senkt Anpassungskosten
7. Kohäsionspolitik nimmt schwächere Regionen ins Auge
8. Nachbarschaftspolitik für stabilere Märkte jenseits der EU-Grenze
9. Forschungsförderung unterstützt Innovationen
10. Mehr als 70 Jahre Frieden und Stabilität

Spagat: Dynamisches Umweltrecht und Planungssicherheit

IHK: Projekte ermöglichen, statt sie durch kleinteilige Vorgaben zu beeinträchtigen

Zu lang, zu kompliziert, zu aufwendig: umweltrechtliche Genehmigungsprozesse stehen bei den Unternehmen immer wieder in Kritik. Einerseits ist da das sehr dynamische Umweltrecht mit immer wieder neuen Anforderungen und Regelungen. Andererseits der behördliche Genehmigungsprozess, von dem viele Unternehmer den Eindruck haben, er sei eher darauf angelegt, Projekte zu verhindern, statt zu ermöglichen. Beides geht zu Lasten der Planungssicherheit. Es schränkt unternehmerische Handlungsfreiheit und am Ende auch wirtschaftliche Entwicklung ein.

Die Unternehmer der Ausschüsse für Industrie und Umwelt der IHK haben sich Ende Februar über die aktuelle Rechtslage sowie Lösungsansätze informiert und diskutiert. Dazu hatten sie sowohl Mario Suckert, Präsident des Thüringer Landesamtes für Umwelt, Bergbau und Naturschutz, als auch Dr. Daniela Schäfrich und Dr. Helmar Hentschke, beide Anwälte für Umweltrecht, eingeladen.

Beschleunigungspakt: Es müssen Taten folgen!

Bund und Länder haben sich mit einem Beschleunigungspakt Anfang November 2023 verpflichtet, Blockaden aufzulösen. Die wichtigsten Impulse daraus stellten Dr. Daniela Schäfrich und Dr. Helmar Hentschke vor. Sie gaben auch einige Hinweise, wie Unternehmen und Behörden ihre Zusammenarbeit bereits jetzt optimieren könnten.

Der Ankündigung müssten nun gesetzgeberische Taten folgen. Unternehmen brauchen Erleichterungen wie bspw. mehr Anzeige- statt Genehmigungspflichten, verbindliche Fristen- und Stichtagsregelungen für alle Beteiligten sowie Stichprobenkontrollen statt flächendeckender zeitintensiver Überwachung. Notwendig ist ein Kulturwandel in den Behörden. Deren Maxime muss sein, Projekte zu ermöglichen, statt sie durch Risikominimierung und kleinteilige Vorgaben zu beeinträchtigen.



Foto: IHK Ostthüringen

Im Gespräch mit den Unternehmern der Thüringer IHK-Ausschüsse:

Mario Suckert



Den kompletten Artikel lesen



ihk.de/gera/magazin

Prozesse optimieren und digitalisieren

Mit Mario Suckert und dem Thüringer Umweltministerium sowie den Umweltbehörden führen die Thüringer IHKs und Unternehmen seit 2023 regelmäßige Arbeitsgespräche, um Genehmigungsprozesse und die Zusammenarbeit zu optimieren.

Die wichtigsten Gesprächsthemen:

- Erleichterungen für alle BImSch-Anlagen (nicht nur Fokus auf Windkraftanlagen)
- frühzeitige Kommunikation aller Beteiligten, schon weit vor dem eigentlichen Projektstart
- Optimierung von Prozessen in allen Verwaltungsebenen inkl. effizienter digitaler Bearbeitung
- Ausbau der Fachkompetenz in der Verwaltung sichern (Weiterbildung und Standardisierung von Anforderungen)
- bestehende Instrumente richtig nutzen und bspw. parallele Verfahren (z.B. Bauleitplanung und BImSch-Verfahren) ermöglichen und damit insgesamt das Verfahren beschleunigen (schon jetzt möglich)

KI-Nutzung verdoppelt

Rund 76,5 Prozent der Unternehmen hierzulande bewerten ihren eigenen Digitalisierungsstand als sehr gut, gut oder befriedigend – das verbleibende Viertel sieht die eigene Lage noch unterdurchschnittlich. „Wir sehen einen Zug nach oben“, sagt Ilja Nothnagel, Mitglied der DIHK-Hauptgeschäftsführung, zu dem Ergebnis der Umfrage, für die die Chancen und Herausforderungen der digitalen Transformation unter mehr als 4.000 Unternehmen abgefragt wurden. Danach hat sich die Nutzung von künstlicher Intelligenz (KI) im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt (von 13,8 auf 26,8 Prozent). Ein weiteres Drittel plant den Einsatz von KI für die Zukunft.



Foto: zf L/Moment/Getty Images

Allerdings sei der digitale Transformationsprozess für die Unternehmen weiterhin ein Kraftakt und stoße an Grenzen. Nothnagel: „Es braucht die richtigen Standortbedingungen, damit die Betriebe weiter und schneller digitalisieren können. Eine leistungsfähige Infrastruktur, weniger Bürokratie, digitale Kompetenzen und Fachkräftegewinnung, eine praxisnahe und rechtssichere Datennutzungskultur sowie eine moderne Verwaltung sind Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche digitale Transformation.“



Den kompletten Artikel lesen



dihk.de

Ausgeprägte Kontrollwut, realitätsferne Überregulierung und Fachkräftemangel hemmen das operative Geschäft und die Innovationskraft der Industrie massiv, wie der DIHK-Innovationsreport 2023 zeigt.

Die Politik muss sofort handeln: Regulierungen und Vorschriften stoppen und die Wirtschaft wieder mehr machen lassen! Jetzt entscheidet sich, wo künftig Wertschöpfung stattfindet!

Dr. Ralf-Uwe Bauer
IHK-Präsident



Die Wirtschaft wieder mehr machen lassen!

Die Innovationsbereitschaft ist auf dem niedrigsten Stand seit der ersten Umfrage 2008. Der DIHK-Innovationsreport 2023 zeigt: Der Mangel an Fachkräften und die zunehmende Bürokratie bremsen die Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stark aus – und das in einem aktuell für die Unternehmen schwierigen wirtschaftlichen Umfeld.

IHK-Präsident Dr. Ralf-Uwe Bauer fordert deshalb: Die Politik muss sofort handeln, um diesen Trend zu stoppen! Die Zeit drängt! Ein Drittel der Firmen zeigen bereits Interesse am Aufbau von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Ausland. Jetzt entscheidet sich, wo künftig Wertschöpfung stattfindet!

Forderungen der Unternehmen auf den Punkt gebracht

- Verzicht auf (noch mehr) Regulierungen und Vorschriften!
- Die Wirtschaft wieder mehr machen lassen!
- Innovation und Technologietransfer jetzt technologieoffen und niedrigschwellig fördern, sichert die Wertschöpfung von morgen!
- Im koordinierten Zusammengehen Rahmenbedingungen schaffen, die Unternehmen beim Kampf gegen Fachkräftemangel unterstützen – zum Beispiel bei gezielter Migration!



[ihk.de/gera](https://www.dihk.de/gera)
(Dok.-Nr. 6005504)

Transformation und Krisenbewältigung nicht gegeneinander ausspielen



Foto: David Ausserhofer

Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI, Foto) skizziert in ihrem aktuellen Jahresgutachten, wie eine transformative F&I-Politik aussehen sollte: Energie- und Mobilitätswende, nachhaltige Landwirtschaft sowie die Digitalisierung sind eine Herkulesaufgabe ohne Masterplan. Die Expertenkommission befürchtet unter anderem, dass die langfristige Transformationsorientierung einer eher kurz-

fristig ausgerichteten Krisenbewältigungspolitik weichen könnte. Damit würde das Gelingen der Transformationen in weite Ferne rücken.



[e-fi.de](https://www.e-fi.de)

Den kompletten Artikel lesen

[ihk.de/gera/magazin](https://www.ihk.de/gera/magazin)
(Dok.-Nr. 6121262)

Zahlen und Fakten

nur noch 30 %

... der deutschen Unternehmen wollen ihre Innovationsaktivitäten ausweiten, vor drei Jahren noch knapp die Hälfte. 15 Prozent wollen in den kommenden zwölf Monaten sogar weniger investieren.



DIHK-Innovationsreport 2023
[ihk.de/gera](https://www.ihk.de/gera) (Dok.-Nr. 6023510)

Prozessdaten und Innovationsmanagement

Das diesjährige Thüringer Forschungs- und Technologieforum am 28. Mai 2024 in der GFE Schmalkalden nimmt die Entwicklungen rund um die Prozessdatenanalyse und Auswertung für das betriebliche Innovationsmanagement in den Blick. Ebenso stehen die rechtlichen Herausforderungen aus der EU-Gesetzgebung an die Industrie und die Anreize der aktuellen Thüringer FuE-Förderung auf der Agenda.

Wie Prozessdaten nutzbar machen?

Prozessdaten sind aktuell und zukünftig die zentrale Grundlage für wertschöpfende Prozesse im Fertigungsumfeld. Insbesondere im Bereich der Prozesssicherheit, Effizienz und Nachverfolgbarkeit sind sie nicht mehr wegzudenken. In der Veranstaltung werden Beispiele aufgezeigt, wie Daten erhoben, mittels standardisierter Schnittstellen übertragen und automatisiert ausgewertet und nutzbar gemacht werden können.

Wie Rechtsicherheit erreichen?

Die Thüringer Unternehmen werden durch vielfältige Regularien bezüglich Produkthaftung, CE-Kennzeichnung, Nachhaltigkeit, digitaler Produktpass etc., massiv unter Druck gesetzt. Zudem werfen die Innovationssprünge rund um KI und Digitalisierung Fragestellungen für die rechtssichere betriebliche Umsetzung auf, die in der Veranstaltung lösungsorientiert beantwortet werden sollen.



Thüringer Forschungs- und Technologieforum
28. Mai, Schmalkalden



[ihk.de/gera](https://www.ihk.de/gera)
(Dok.-Nr. 6121198)

Mein Antrieb: Immer wieder Neues entdecken

Innovation hat für Unternehmer Sven Kiontke nicht (nur) etwas mit Technik- und Technologieentwicklung zu tun, sondern zuallererst mit Menschen. Die Neugier, Neues entdecken, dranbleiben, etwas verändern – das ist sein Antrieb.



Foto: STIFT Thüringen

”

Ohne engagierte Mitarbeiter funktioniert Innovation nicht.

Sven Kiontke

Diese Neugier will er auch in seinem Team wecken und ermöglichen – für ihn eine Frage nachhaltiger Unternehmenskultur. Dafür wurde er 2023 mit dem Ernst-Abbe-Preis für innovatives Unternehmertum ausgezeichnet.

Gründungs-idee ist heute Standard in der Optik

Außergewöhnlich – und im Sinne von „Neues entdecken“ auch innovativ – begann 2001 die Gründungsgeschichte der asphericon GmbH: Per Zettel am „schwarzen Brett“ suchte der Informatiker Sven Kiontke Mitstreiter, um seine Idee umzusetzen: die Herstellung von asphärischen Linsen mit einer bis dahin vollkommen neuen Technologie zu revolutionieren. Kernpunkt war, mit einer intelligenten Software zur Maschinensteuerung asphärische Optiken mit hohen Qualitätsstandards industriell herstellen zu können. Das war zuvor nur bei Optiken mit kugelförmigen Oberflächen möglich.

„2015 hatten wir es geschafft: Die Technologie wurde zum Standard. Wir konnten die anspruchsvollen Linsen zu einem wettbewerbsfähigen Preis herstellen und somit neue Möglichkeiten für innovative Anwendungen erschließen“, sagt Sven Kiontke rückblickend. „Die Herstellung von Einzelkomponenten war der erste Schritt. Wir haben unser Wissen und unsere Erfahrungen genutzt, um komplexe, aber einfach zu handhabende optische Systeme zu entwickeln.“ Heute werden diese Systeme in der Medizin, der Biotechnologie, der Materialwirtschaft, sogar in Kommunikationssatelliten eingesetzt. Das Besondere: Auch ohne physikalische Fachkenntnisse können sie mit vorhandenen Geräten verbunden werden. „Wir liefern diese Systeme an Kunden weltweit. Die Nachfrage steigt.“

Vision: „Demokratisierung des Lichts“

„So wie das 20. Jahrhundert die Zeit der Elektronik war, ist das 21. Jahrhundert die Zeit des Lichts und der Photonik“, sagt Sven Kiontke. „Bisher nutzen wir nur zehn Prozent der Möglichkeiten. Es ist spannend herauszufinden, was wir mit den noch unerschlossenen 90 Prozent machen können.“ Er erwartet in diesem Bereich eine ähnlich rasante Entwicklung wie bei elektronischen Steuerungen, Computern oder Handys, zum Beispiel im Bereich der Kommunikation. Mit optischen Mikro- und Nanostrukturen, nicht nur aus Glas, sondern beispielsweise auch aus Metall, könne Licht sehr viel effizienter und in größerer Bandbreite gebrochen, reflektiert und übertragen werden.

Innovatives Firmenkonzept

Komplette Digitalisierung des Unternehmens, eine KI-basierte Fertigungsplanung, energieeffiziente Gebäude, Elektrofahrzeuge, Solarenergie – auch beim Firmenkonzept gilt für Sven Kiontke: Neues ausprobieren, wachsen und etwas verändern und auch das eigene Team dafür begeistern. Nachhaltigkeit ist dem engagierten Unternehmer wichtig. „Unser neues Bürogebäude zeigt, wie wir denken: Der nachhaltige Holz-Hybrid-Neubau erhielt nicht nur den Jenaer Fassadenpreis 2023 und ist somit ein weithin sichtbares Markenzeichen, sondern wird auch komplett mit Hilfe der Abwärme aus unserer Produktion beheizt“, verweist er auf die aktuellste Investition.

Eines steht für Sven Kiontke fest: Ohne engagierte Mitarbeiter funktioniert kein noch so innovatives Produkt oder Firmenkonzept. „In der Anfangszeit haben wir viel in Technik investiert und es hat eine Weile gedauert, bis alles lief. Das Team hat mitgezogen, auch wenn wir keine üppigen Gehälter zahlen konnten. Jetzt können wir das zurückgeben“, sagt er. Die Löhne und Gehälter wurden nicht nur an den Markt angepasst – die optimierte und effiziente Fertigung macht auch eine 36-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und den überwiegenden Wegfall der Nachtschicht möglich. Dabei hat er aber trotzdem den wirtschaftlichen Erfolg der Firma im Blick: „Wir investieren dort, wo es sich für uns auch finanziell lohnt. Dank effizienterer Prozesse konnten wir trotz weniger Mitarbeiter und weniger Arbeitsstunden unseren Umsatz steigern.“

Teams statt Hierarchie

Sven Kiontke bleibt dabei seinem Antrieb treu, nicht nur Produkte weiterzuentwickeln, sondern auch sich selbst und die Mitarbeiter mitzunehmen. Ganz in diesem Sinne ist asphericon Anfang April dieses Jahres den nächsten Schritt gegangen. „Wir werden die klassische hierarchische Struktur durch eine fertigungs- und schichtübergreifende Teamarbeit mit gemeinsamer Projektverantwortung ersetzen. So können unsere Mitarbeiter ihr Fachwissen optimal einsetzen, übernehmen mehr Verantwortung und haben auch mehr Raum, sich selbst einzubringen.“ Er freut sich auf die neue Herausforderung und die weitere Entwicklung, denn: „Stillstand ist Rückschritt.“

Firmen wieder Lust auf Forschung und Innovation machen



Ziel muss ein Umfeld sein, das den Betrieben Freiräume lässt, Neues zu entwickeln.

Peter Adrian

DIHK-Präsident



Foto: SFIO CRACHO/shutterstock.com



Den kompletten Artikel lesen



ihk.de/gera/magazin/thema

Ohne Innovationen ist die Bewältigung von Themen wie klimafreundlichere Energieversorgung, Digitalisierung oder demografischer Wandel ebenso wenig vorstellbar wie ein Bestehen im internationalen Wettbewerb. Gleichzeitig ist die Bereitschaft der Unternehmen hierzulande in Neuheiten zu investieren, denkbar gering. Mit diesem Dilemma befasst sich das vom DIHK-Präsidium beschlossene Papier „DIHK-Impulse für eine zukunftsfähige Innovationspolitik“.

Viele Bremsklötze für Innovationstempo

Schleppende Digitalisierung, überbordende Bürokratie, hohe Energiekosten und lange Genehmigungsverfahren drücken auf das Innovationstempo“, sagt DIHK-Präsident Peter Adrian. „Unternehmen können ihren Ideenreichtum am Standort Deutschland nur dann wieder richtig entfalten, wenn die Politik den Ballast für die Betriebe deutlich reduziert. Wir müssen jetzt die

richtigen Schritte einleiten. Dann – aber auch nur dann – haben wir auch eine Zukunft als Land der Tüftler und Denker, der Erfinder und Macher.“

Freiräume für Neues schaffen

„Ohne neue Ideen und Produkte ‚made in Germany‘ wird unsere Wirtschaft nicht auf Wachstumskurs kommen. Wir brauchen daher politische Signale, die den Wirtschaftsstandort stärken und Unternehmen wieder Lust auf Forschung und Innovation in Deutschland machen.“

Wie solche Impulse konkret aussehen sollten, hat die IHK-Organisation jetzt in einem Positionspapier zusammengefasst. „Ziel muss ein Umfeld sein, das den Betrieben Freiräume lässt, Neues zu entwickeln“, erläutert DIHK-Präsident Adrian.

Mangelhafte Infrastruktur gefährdet Digitalisierung



Foto: Grzegorz Zdziarski/shutterstock.com

2

von fünf Unternehmen fehlt schnelles Internet.

Digitalisierung und KI sind in der Thüringer Wirtschaft angekommen, zeigt eine aktuelle Umfrage der drei Thüringer IHKs. Als wichtigste Gründe nennen die befragten Unternehmen: flexibleres Arbeiten, weniger Kosten sowie mehr Qualität. Innovationen oder neue Geschäftsmodelle spielen keine große Rolle. Herausforderungen sehen die Unternehmen insbesondere im hohen Zeit- und Investitionsaufwand und in der Komplexität von Prozessen.

Digitale Infrastruktur: Netzausbau kann mit den steigenden Anforderungen kaum Schritt halten

Aber ohne leistungsstarke und sichere Infrastruktur geht es nicht. Nur mit verfügbaren Glasfaseranschlüssen können Unternehmen ihren Bedarf an Bandbreite zukünftig decken. Der Netzausbau kann allerdings mit den steigenden Anforderungen kaum Schritt halten. „Breitband in voller Bandbreite ist ein entscheidender Standortfaktor – nicht nur für Neuansiedlungen oder Firmenerweiterungen, sondern Grundvoraussetzung für Digitalisierungsprozesse sowohl in den Unternehmen als auch in den Verwaltungen“, sagt Geras IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Höhne.

Planungs- und Genehmigungsverfahren weder effektiv noch digital

Zudem ist fast die Hälfte der Unternehmen mit dem Stand der Digitalisierung in der öffentlichen Verwal-

tung unzufrieden. Aus Sicht der IHKs müssen wirtschaftsrelevante Planungs- und Genehmigungsverfahren effektiv und digital abgewickelt werden können. Hält die Verwaltung hier nicht mit den Unternehmen Schritt, leidet die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und letztlich der Standort.

Datenschutzrechtliche Grauzonen vermeiden sowie Standards und mehr Kompatibilität

Größte Herausforderungen bei der Datennutzung seien rechtliche Unsicherheiten etwa in Bezug auf Datenschutzfragen oder technische Standards. Damit die Digitalisierung schneller vorankommen kann, müssen derartige Fragestellungen dringend gelöst werden, beispielsweise durch das Vermeiden datenschutzrechtlicher Grauzonen. Darüber hinaus brauche es Standards und mehr Kompatibilität.

Digitale Kompetenzen aufbauen mit individuellen Beratungs- und Bildungsangeboten

Mittel- und langfristig sind digitale Kompetenzen wichtige Erfolgsgaranten. Hier setzen die Thüringer IHKs an und bieten neben einem Netzwerk aus Partnern und Experten sowie individuellen Beratungsangeboten vor allem konkrete zielgruppenspezifische Aus- und Weiterbildungsangebote.



ihk.de/gera/digitalisierung

CO₂-Zoll

Importeure von bestimmten emissionsintensiven Produkten müssen nun erstmalig darüber berichten, wie viele Güter mit welchem Kohlendioxid-Gehalt sie nach Deutschland eingeführt haben. Mit einer Art „CO₂-Zoll“, dem CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism), will die Europäische Union einheimische Unternehmen vor den Nachteilen schützen, die ihnen die strengen europäischen Klimaschutzvorschriften im internationalen Wettbewerb bescheren. Hierfür sollen nun Importe der Gütergruppen Zement, Eisen, Stahl, Aluminium, Düngemittel, Strom und Wasserstoff aus Drittländern schrittweise besteuert werden. Erste Berichte waren bereits zum 31. Januar fällig.



Foto: Stuart Miles/shutterstock.com

Die Wirtschaft erkennt die Ziele des Grenzausgleichsmechanismus an, doch bringt die Umsetzung für die Unternehmen enorme Herausforderungen mit sich. Zum einen belasten die kommenden Verteuerungen die Lieferbeziehungen. Zum anderen greift die Zahlungspflicht zwar erst im Jahr 2026, doch ufern die Berichtspflichten bereits jetzt aus.



Den kompletten Artikel lesen



dihk.de

WIRTSCHAFT BRAUCHT ENERGIE



„Bis es ausreichend günstigen Strom aus erneuerbaren Quellen gibt, brauchen wir dringend Hilfe bei den Energiekosten, um im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu bleiben!“

Udo Hollbach,
Geschäftsführung Koehler Paper Standort Greiz

ihk.de/gera/energie



Wettbewerbsfähig bleiben!

Nachhaltiges Denken und Handeln gehören seit jeher zur Koehler-Gruppe. Als Familienunternehmen trägt die Koehler-Gruppe durch unternehmerisches Handeln zu einer nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft und der Umwelt bei. „Unsere Nachhaltigkeitsstrategie 2030 zeigt unsere Vorgehensweise auf, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte in der Koehler-Gruppe in Einklang zu bringen, um eine nachhaltigere Zukunft zu schaffen. Hierbei bildet die Klimaneutralität einen

wichtigen Teil. Bis ausreichend günstiger Strom aus erneuerbaren Quellen verfügbar ist, benötigen wir dringend Unterstützung bei der Begrenzung der Energiekosten, damit wir im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig bleiben! – Denn #WirtschaftBrauchtEnergie“, so Udo Hollbach, Geschäftsführung Koehler Paper Standort Greiz.



koehler.com

Forderungen der IHK-Organisation auf den Punkt gebracht

- mehr Energieoptionen – auch jenseits von Wind und Sonne: Geothermie, Biomasse auch Kohle und Schiefergas
- Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen: nachvollziehbare Importstrategie, rasche Infrastrukturausbau
- Stromzusatzkosten reduzieren
- Anreize zu Strompartnerschaften etablieren
- Direktstromlieferverträge mit einem Investitionszuschuss und reduzierten Netzentgelten verbinden
- langfristige Energiepartnerschaften mit Drittstaaten

Azubis zeigen Lösungen für eine nachhaltigere Zukunft

Zum dritten Mal organisierte die IHK Ostthüringen das Azubi-Projekt „Energie-Scouts“. Die teilnehmenden Teams haben in den vergangenen Monaten ihre jeweiligen Ausbildungsunternehmen unter die Lupe genommen und drei Fachworkshops absolviert. Zum Abschluss stellten nun zwei Teams ihre Ergebnisse einer Fachjury vor.

Weniger Wasser und weniger Energie dank Wasserboilermanagement

Das Team der KOMOS GmbH hatte die Idee, das Wasserboilermanagementsystem in der Firma zu optimieren. Durch den Einsatz einer selbst erstellten App zur Überwachung und Fernsteuerung passten sie den Betrieb der Warmwasserbereiter an den tatsächlichen Bedarf an. Dabei gelang es den beiden Jugendlichen, den Energieverbrauch und zugleich den Wasserverbrauch zu verringern. Pro Wasserboiler können nun bis zu 340 kWh pro Jahr eingespart werden. Da 24 Wasserboiler mit diesem System künftig gesteuert werden sollen, ermöglicht das eine Einsparung von etwa 8.160 kWh bzw. 2 400 Euro pro Jahr.



Foto: IHK Ostthüringen

CO₂-Einsparung durch kürzere E-Mail-Signaturen

Den CO₂-Fußabdruck im Unternehmen zu reduzieren, ist das Ziel des Energie-Scout-Teams der Energieversorgung Rudolstadt. Erreicht werden soll das durch eine Reduzierung der Zeichen im E-Mail-Verkehr. Bei der Energieversorgung Rudolstadt GmbH werden jährlich ca. 92.000 E-Mails verfasst und versendet, davon etwa 2/3 interne. Die Herausforderung: E-Mail-Signaturen müssen umfangreiche gesetzliche Anforderungen erfüllen. Das Team untersuchte das Nutzerverhalten und reduzierte die Zeichenanzahl bei den Signaturen auf gesetzliche Mindeststandards. Die CO₂-Einsparung liegt bei 966 g pro Geschäftsjahr.

Das Engagement beider Azubi-Teams hat sich gelohnt. Sie wurden nicht nur beide punktgleich Sieger im Wettbewerb der IHK-Energie-Scouts. Beide Projekte werden nun in Unternehmen umgesetzt.

 **Ab September werden neue „Energie-Scouts“ gesucht**
ihk.de/gera/energyscouts

Klimaziele: auch Bürokratieabbau wichtig

In den kommenden 16 Jahren sollen die EU-Mitgliedsländer ihre Emissionen gegenüber 2019 um mindestens 90 Prozent senken. Dass dabei auch Technologien zur Reduktion von CO₂ in der Atmosphäre zum Einsatz kommen dürfen, bewertet die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) positiv. Zugleich spricht sie sich in diesem Zusammenhang für einen breit angelegten Bürokratieabbau aus, um die europäischen Klimaziele zu erreichen.



Denn: „In der Praxis steigen bisher durch viele Maßnahmen des Green Deals die Bürokratielasten für Betriebe nochmals erheblich an“, sagt der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks. Dies habe zur Folge, „dass die Unternehmen weniger finanzielle Ressourcen für Investitionen in ihre betriebliche Klimaneutralität zur Verfügung haben“.

Zahlen und Fakten

48 %

... der deutschen Industriebetriebe stellen aufgrund gestiegener Energiepreise Investitionen in Kernprozesse zurück.

 ihk.de/gera/magazin
(Dok.-Nr. 5904448)



Den kompletten Artikel lesen



dihk.de

Große Unsicherheiten bleiben

Energie- und klimapolitischer Ausblick für das Jahr 2024
von Sebastian Bolay, Bereichsleiter Energie, Umwelt, Industrie bei der Deutschen Industrie- und Handelskammer

„Für betriebliche Investitionen in die eigene Klimaneutralität werden zukünftig weniger Fördergelder zur Verfügung stehen“, so die Einschätzung von Sebastian Bolay.

Was passiert bei den Stromkosten?

Was Investitionen in den betrieblichen Klimaschutz erleichtern würde, wären deutlich niedrigere Strompreise. Die Bundesregierung hatte beschlossen, die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe auf den europäischen Mindestsatz von 0,05 Cent/kWh zu senken, die Strompreiskompensation für fünf Jahre zu sichern und leicht auszuweiten sowie einen Zuschuss zu den Übertragungsnetzentgelten in Höhe von 5,5 Milliarden Euro zu gewähren, um deren massiven Anstieg zu verhindern. Während die ersten beiden Maßnahmen trotz der Haushaltsprobleme voraussichtlich kommen werden, wurde letztere gestrichen.

Kommt der Zuschuss nicht, würde das bei einem typischen Mittelständler zu einem Anstieg der Netzentgelte von über 100.000 Euro führen. Damit würden etwaige Entlastungen bei der Stromsteuer überkompensiert. Aus heutiger Sicht deutet wenig darauf hin, dass die Beschaffungskosten für Strom und Gas weiter sinken könnten. Die Energierechnungen bleiben also auch 2024 hoch. Zumal die Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Jahreswechsel ersatzlos ausgelaufen sind. Sollte es also erneut zu einem deutlichen Anstieg der Preise kommen, träfe dies die Wirtschaft direkt.

Dagegen herrscht Klarheit bei einigen anderen Themen

Erhöhung des nationalen CO₂-Preises: Zum Jahreswechsel steigt er von 30 auf 45 Euro je Tonne. Außerdem wird auch die Abfallverbrennung in das nationale Emissionshandelssystem einbezogen, Auswirkungen auf Fernwärme- und/oder Abfallentsorgungspreise sind zu erwarten.

Energieeffizienzgesetz gestartet: Das Gesetz bringt eine Reihe konkreter Verpflichtungen für Unternehmen: Energiemanagementsystem (ISO 50001) oder Umweltmanagementsystem (EMAS) einzuführen.





Foto: Pawel Michalowski/shutterstock.com

Darüber hinaus sind alle Unternehmen verpflichtet binnen drei Jahren für alle als wirtschaftlich identifizierten Effizienzmaßnahmen konkrete Umsetzungspläne zu entwickeln. Außerdem müssen sie diese veröffentlichen und sich die Vollständigkeit und Richtigkeit der Pläne durch Zertifizierer, Umweltgutachter oder Energieauditoren bestätigen lassen.

Gebäudeenergiegesetz (GEG) bringt neue Vorgaben: neu eingebaute Heizungsanlagen müssen mindestens 65 Prozent der bereitgestellten Wärme aus erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme erzeugen. Alternativ kann auf eine der sechs gesetzlich festgelegten pauschalen Erfüllungsoptionen zurück-

„
Deutlich niedrigere Strompreise würden Investitionen in den betrieblichen Klimaschutz erleichtern.

gegriffen werden: Wärmenetzanschluss beziehungsweise Hausübergabestation, elektrische Wärmepumpe, Stromdirektheizung, solarthermische Anlage, Nutzung von Biomasse, Wasserstoff und Derivaten, Hybridheizung (Wärmepumpe oder Solarthermie in Kombination mit Gas-, Biomasse-, Flüssigbrennstofffeuerung). Die Regelungen gelten im Neubaugebiet ab sofort, für bestehende Gebäude beziehungsweise Neubauten im Lückenschluss spätestens ab Juli 2026 beziehungsweise ab Juli 2028. Darüber hinaus bringt das GEG unter anderem eine Reihe weiterer Prüfungs-, Optimierungs- und Nachrüstverpflichtungen und schränkt zahlreiche bestehende Unwirtschaftlichkeitsklauseln ein oder streicht sie ganz.

Berichtspflichten in der CO₂-Grenzabgabe (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM): Erstmals müssen Importeure von bestimmten emissionsintensiven Produkten im Januar 2024 einen Bericht zur CO₂-Grenzabgabe abgeben, andernfalls drohen Strafen. Das heißt, sie müssen gegenüber der nationalen Behörde – die zu Redaktionsschluss noch nicht bekannt war – berichten, wie viele Güter sie mit welchem CO₂-Gehalt importiert haben. Die Gütergruppen sind: Zement, Eisen, Stahl, Aluminium, Düngemittel, Strom und Wasserstoff. Ab 2026 greift dann die Zahlungspflicht.

Solarpaket der Bundesregierung

Am 15. April hat sich die Bundesregierung auf ein „Solarpaket“ verständigt. (Bei Redaktionsschluss war die Entscheidung durch den Bundestag noch offen.)

„Dass das Solarpaket keine zusätzliche Betriebskostenförderung im Rahmen des EEG enthält und stattdessen ein neues KfW-Programm ‚Klimaschutzoffensive für Unternehmen‘ geplant wird, ist ein Erfolg für die Stromkosteneffizienz“, sagt IHK-Energieexperte Thomas Christel. Es zeige zudem, dass der Ansatz der Investitionskostenförderung gegenüber einer Betriebskostenförderung immer größeren Anklang findet.

Außerdem wurden u.a. folgende, für Unternehmen interessante Punkte verabschiedet:

Gewerbe und Handel: Für Anlagen mit einer Leistung über 40 und bis 750 Kilowatt soll die Förderung um 1,5 ct/kWh angehoben werden. Darüber hinaus werden verschiedene Schwellenwerte zugunsten der Anlagenbetreiber angepasst.

Freiflächenanlagen: Flächen sollen viel häufiger als in der Vergangenheit sowohl für die Landwirtschaft als auch für die PV genutzt werden (Agri-PV). Ab einem gewissen Zubau können die Länder die Nutzung aber ausschließen („Opt-out“-Regelung).

Anlagenzertifikat und Direktvermarktungspflicht: Erst ab einer Einspeiseleistung von 270 kW oder einer installierten Leistung von mehr als 500 kW wird künftig der Verzicht auf ein Anlagenzertifikat erforderlich sein. Zudem könnte die Pflicht zur Direktvermarktung erst über einem Schwellenwert von mehr als 100 kW installierter Leistung durch eine unentgeltliche Einspeisung von Überschussmengen umgesetzt werden.



Thomas Christel

IHK Experte

für die Themen Energie und Energieeffizienz

So sehe ich das

Herausforderung Energie: Patentlösungen gibt es nicht!

Energiekosten drücken die Wettbewerbsfähigkeit vieler Unternehmen, gerade in der Industrie. Einsparungspotenziale zu erschließen ist mitunter schwierig, denn Digitalisierungsprozesse oder die Kompensation fossiler Energieträger wie Gas erhöhen den Strombedarf.

Die effiziente Nutzung von Energie ist somit alternativlos. Viele Unternehmen prüfen auch, ob es sich lohnt, Energie für den Eigenbedarf selbst zu erzeugen oder wie Prozesswärme sinnvoll verwendet werden kann. Patentlösungen gibt es allerdings nicht. Es gilt konkrete Potenziale zu erkennen und individuelle Lösungswege zu finden.

Was also tun und wo anfangen?

Mein Rat: Die Aufschlussberatungen der IHK vor Ort im Unternehmen für eine erste Orientierung nutzen. Ich gebe gerne Tipps, wie Energieeinsparpotenziale erkannt werden und welche Umsetzungsoptionen vorhanden sind. Ich unterstütze Sie auch dabei, die richtigen Ansprechpartner für die Planung und Umsetzung zu finden und lote Fördermöglichkeiten aus. Hilfreich ist auch der Austausch untereinander, den wir zum Beispiel im Energieeffizienznetzwerk NEEO Ostthüringen ermöglichen. Dort gibt es nicht nur Anregungen von anderen Unternehmern, sondern auch so manchen Experten-Tipp.

Kein Durchblick im Regelungsdschungel?

Die Reglungsdichte wird immer engmaschiger. Nahezu wöchentlich kommen neue hinzu. Unsere IHK-Energieberatung steht den Unternehmen auch dabei zur Seite. Dabei kann ich auch auf meine Berufserfahrungen in der Energiewirtschaft zurückgreifen.



Foto: Kartonfabrik Porstendorf

Nachhaltigkeit trifft Effizienz

„Nachhaltigkeit ist ein weit gefasster Begriff“, findet Sebastian Heckmann, Werksleiter der Kartonfabrik Porstendorf GmbH, der in dem Unternehmen schnell konkret wird. In Porstendorf vor den Toren Jenas wird aus Altpapier ein neuer Werkstoff: Karton und Pappe für Kisten, Verpackungen, für Buchdeckel und Kalenderrückwände oder für Dekorationen. „Wir verarbeiten ausschließlich Altpapier, das in einer hochmodernen Anlage mechanisch aufbereitet wird. 50.000 Tonnen Karton werden so jährlich in einem ökologischen Prozess hergestellt. Dafür würden wir täglich 150 Tonnen Altpapier sortieren, von Fremdstoffen, wie Metalle, Steine oder Verbundmaterialien reinigen. Das ist sehr aufwändig und könnte durch sorgfältigere Abfalltrennung in Haushalten und Industriebetrieben deutlich reduziert werden“, appelliert er an die Verbraucher.

„Wir haben in den letzten Jahren kräftig in effektive Anlagen- und Steuerungstechnik investiert.“ Dadurch hätte die Firma sowohl die Effizienz und damit die Produktionskapazität steigern als auch die Qualität ihrer Produkte verbessern können.



Wir wollen Gas als Wärmequelle ablösen. Eine mögliche Alternative ist Wasserstoff.

Sebastian Heckmann



kartonfabrik.de

Geschlossene Kreisläufe für effiziente Nutzung von Ressourcen und Energie

„Unser Produktionsprozess ist sehr energie- und ressourcenintensiv. Neben Wasser brauchen wir unter anderem auch Prozesswärme, die hauptsächlich mit Gas erzeugt wird“, erläutert er. Die Firma arbeite deshalb schon geraume Zeit mit einem nahezu geschlossenen Wasserkreislauf. „Wir haben dadurch einen relativ geringen Frischwasserbedarf, den wir aus der Saale beziehen. Gerade haben wir Umbaumaßnahmen abgeschlossen und können nun die Prozesswärme im Unternehmen weiter nutzen.“ Perspektivisch soll auch das Gas als Wärmequelle abgelöst werden. Eine mögliche Alternative: Wasserstoff. „Wir arbeiten mit der Thüringer Allianz für Wasserstoff in der Industrie (ThAWI) zusammen und streben den Anschluss an die geplante Wasserstoffpipeline an“, wirft er einen Blick in die Zukunft.

Berufserfahrung sichtbar machen

Personen mit langjähriger Berufserfahrung, jedoch ohne formelle Ausbildung, dürfen sich ihr fachliches Können künftig von den entsprechenden Kammern bewerten lassen. Das Ergebnis dieser sogenannten Validierung kann dann entweder einer vollständigen Berufsausbildung gleichkommen oder Teile davon abdecken. Dies besagt das kürzlich verabschiedete „Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz“, das zum 1. August in Kraft treten soll.



Foto: Wicki58/Stock/Getty Images Plus

Es will die beruflichen Chancen von Arbeitnehmern verbessern, kommt aber auch den Betrieben „unmittelbar zugute“, sagt Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer. „Denn sie erhalten damit eine transparente Einschätzung der beruflichen Kompetenzen ihrer Beschäftigten und können über weitergehende Einsatzmöglichkeiten oder Qualifizierungswege entscheiden.“ Auf diesem Wege helfe die Validierung, zusätzliche Fachkräftepotenziale zu heben und Fachkräfteengpässe zu mildern.



Den kompletten Artikel lesen



dihk.de

Die Bewerberlücke und letzten Endes der Mangel an Arbeitskräften wird sich in den nächsten Jahren weiter vergrößern, wenn es uns nicht gelingt, noch mehr Jugendliche, Eltern aber auch Politiker und Lehrer von der dualen Berufsausbildung zu überzeugen.

Matthias Säckl
Bereichsleiter
Aus- und Weiterbildung
der IHK



Bessere Berufsorientierung an Schulen!

„Mit Initiativen wie dem IHK-Schülercollege und den Praxiskoordinatoren setzt sich die Wirtschaft seit langem für eine bessere und praxisnahe Berufsvorbereitung ein, um die vielen Vorteile und Möglichkeiten einer dualen Berufsausbildung aufzuzeigen“, sagt Matthias Säckl, Bereichsleiter Aus- und Weiterbildung der IHK. „Wir brauchen mehr bildungspolitische Rückendeckung, damit die berufliche

Orientierung deutlich stärker im Unterricht berücksichtigt wird.

Gerade an Gymnasien tendiert die Ausrichtung oft zu einseitig in Richtung Studium. Aber die Ausbildung ist eine praxisnahe Alternative zur Universität. Fast jeder Fünfte der 2023 gestarteten Ostthüringer Azubis hat die Hochschulreife.“

Forderungen der IHK-Organisation auf den Punkt gebracht

- gesellschaftliche Anerkennung für duale Ausbildung
- berufliche Perspektiven bekannter machen
- notwendige Investitionen in den Berufsschulen
- außerbetriebliche Ausbildung nur absolute Ausnahme
- verpflichtende und ausgewogene Berufsorientierung in allen Schulformen
- Chancen für Menschen mit Startschwierigkeiten oder Fluchtgeschichte: Einstiegsqualifizierung, assistierte Ausbildung

Modernisierte Berufe: fit für die Zukunft



Foto: M-Production/shutterstock.com

Herausforderungen wie Digitalisierung, Klimawandel sowie Technologienentwicklung stellen Fachkräfte immer wieder vor neue berufliche Herausforderungen und ändern deren Berufsalltag. Ausbildung muss da Schritt halten: mit modernen, zeitgemäßen Berufsbildern, mit praxistauglichen Ausbildungsinhalten und mit aktuellstem Wissen. Berufsbilder und Ausbildungsverordnungen erhalten deshalb regelmäßige Updates. 2024 betrifft das unter anderem umwelttechnische Berufe und Feinoptiker. Zu den Ausbildungsinhalten und den Ausbildungsvoraussetzungen beraten die IHK-Ausbildungsberater.

Aus Fachkräften werden Umwelttechnologien. Weil Digitalisierung, Klimawandel, technischer Fortschritt und rechtliche

Neuerungen die Anforderungen an die entsprechenden „Fachkräfte“-Ausbildungsberufe deutlich verändert haben, wurden diese jetzt umbenannt und modernisiert.

Damit die Ausbildung der Feinoptiker mit zunehmender Digitalisierung und Automatisierung Schritt hält, wurde der Beruf des Feinoptikers modernisiert. Ideen und Vorschläge hatte im März 2023 der Ausbilderarbeitskreis in Gera erarbeitet.



Den kompletten Artikel lesen



ihk.de/gera/magazin
(Dok.-Nr. 6061018)

Zahlen und Fakten

67%

... der Unternehmen konnten 2022 nicht alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen – obwohl die Unternehmen so engagiert um Nachwuchs werben wie nie.



ihk.de/gera/ausbildung

Ausbilder-Akademie

Veränderte Ausbildungsbedingungen stellen auch neue Anforderungen an Ausbilder. Mit den Angeboten der Ausbilder-Akademie können diese ihr Wissen in verschiedenen Bereichen auffrischen und erweitern: nah an der betrieblichen Praxis, Erfahrungsaustausch inklusive.

Aktuelle Themen

- Modern ausbilden – aber wie?
- Azubis bedarfsgerecht zu Bestleistung entwickeln
- Update für Ausbilder und Ausbildungsbeauftragte
- Praxistraining für Ausbilder



klug-macht-weiter.de/ausbilder

TOP-Ausbildungsunternehmen 2024

Die IHK zeichnet jährlich in jedem Landkreis sowie in Gera und Jena je ein Unternehmen als „TOP-Ausbildungsunternehmen“ aus. Sie engagieren sich besonders vorbildlich für Berufsorientierung, Berufsausbildung und Fachkräfteentwicklung.

TOP-Ausbildungsunternehmen 2024:

- bluechip Computer Aktiengesellschaft
- LFG – Eckhard Oertel e.K.
- TECON COVERCRAFT GmbH
- VACOM Vakuum Komponenten & Messtechnik GmbH
- dotSource SE
- Stahlwerk Thüringen GmbH
- büttner präzisionsWERK gmbh



ihk.de/gera/top-ausbildungsunternehmen

Das Geheimnis erfolgreicher Ausbildungsbetriebe

Gutes Arbeitsklima oder eine individuelle Förderung:

Ein „TOP-Ausbildungsunternehmen“ sorgt dafür, dass sich jeder Azubi wohlfühlt und auf seinem beruflichen Weg unterstützt wird.



Foto: Drazen Zigic/shutterstock.com



[ihk.de/gera/top-ausbildungsunternehmen](https://www.ihk.de/gera/top-ausbildungsunternehmen)

Ausbildung steht für viele Unternehmen ganz oben auf der Prioritätenliste, um aktiv dem Fachkräftemangel zu begegnen. Der Aufwärtstrend bei der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge in IHK-Berufen in Ostthüringen hält an. Trotz schlechter Stimmung in der Wirtschaft denken Unternehmen langfristig und investieren mehr denn je in Ausbildungsmarketing, attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und gezielte Personalentwicklung. Ob ein gutes Arbeitsklima oder eine individuelle Förderung: Ein „TOP-Ausbildungsunternehmen“ sorgt dafür, dass sich jeder Azubi wohlfühlt und auf seinem beruflichen Weg unterstützt wird.

Ausbildungsmarketing: Chancen und Perspektiven erlebbar machen

„Leider sind die Perspektiven, die eine Berufsausbildung heute bietet, zu wenig bekannt“, bedauert Dr. Klaus Bergner, Mitglied der Geschäftsleitung der **VACOM Vakuum Komponenten & Messtechnik GmbH**, einem der in diesem Jahr von der IHK ausgezeichneten TOP-Ausbildungsunternehmen. In Schulen, auf Ausbildungsmessen, bei Weiterbildungsbörsen sucht er deshalb immer wieder das Gespräch mit Schülern, aber auch mit den Eltern. „Wir müssen darüber reden, die Chancen zeigen und erlebbar machen.“ An Beispielen aus der eigenen Firma mangelt es nicht: „Drei ehemalige Azubis sind heute in der Geschäftsführung bei Vacom tätig und auch viele Positionen im unterem Managementbereich sind mit ehemaligen Azubis besetzt.“

Tag der offenen Tür, Praktikum, Ferienarbeit – genau wie Vacom öffnen viele Unternehmen ihre Türen für Schüler und andere Interessenten. Sie geben dabei nicht nur Einblicke in ihre Ausbildungsmöglichkeiten, sondern machen sichtbar und erlebbar, was sich hinter Berufsbezeichnungen verbirgt und welche Entwicklungschancen für künftige Fachkräfte damit verbunden sind. Besonders gefragt sind die Angebote des IHK-Schülercolleges: Tagespraktika, Firmen- und Berufsfinder, Lehrstellenbörse, Unternehmer im Unterricht und Arbeitsgemeinschaften.

Gute Erfahrungen damit hat auch Eckhard Oertel gemacht. Der Gründer und Chef der Geraer Firma **LFG – Eckhard Oertel e.K.** bietet seit mehreren Jahren Tagespraktika an, in der Schüler elektronische Baugruppen entwickeln und selbst fertigen. „Junge Leute denken oft, Elektronik kommt aus Asien. Ich möchte ihnen zeigen, dass auch hier, vor ihrer Haustür Elektronik entsteht“, sagt er. Um Schüler für einen Elektronik-Beruf zu begeistern, lässt er sich immer wieder etwas Neues einfallen. Gerade hat er die ersten Geraer Schüler zum „Tag in der Produktion“ begrüßt. Außerdem hat er angeboten, als „Experte im Unterricht“ den Schulstoff praxisorientiert und wirtschaftsnah zu bereichern.

Ausbildung: Wertschätzung und Förderung

„Unsere TOP-Ausbildungsunternehmen zeigen in eindrucksvoller Weise, dass der einstige ‚Lehrling‘ längst wichtiges Team-Mitglied ist. Reine Wissensvermittlung wurde abgelöst und Kompetenzerwerb steht immer mehr Fokus der Ausbildung.“

Auch für Heidi Zimmermann, Geschäftsführerin der **TECON COVERCRAFT GmbH**, ist wichtig, dass „ihre“ Azubis fest in die Teams integriert sind. „Wir haben keine gesonderte Lehrwerkstatt eingerichtet. Der Berufsnachwuchs übernimmt je nach bereits erworbenen Fertigkeiten Aufgaben im Produktionsprozess. Azubis lernen so von den Erfahrungen und dem Wissen langjähriger Mitarbeiter und wertvolles Know-how wird direkt weitergegeben.“ Dieses Konzept der Teambindung habe sich bewährt. Zum einen gelinge damit auch Integration von Azubis mit Handicap. Zum anderen sei eine fundierte Ausbildung die beste Grundlage für eine berufliche Perspektive im Unternehmen.

Eigene Projekte und regelmäßige Azubimeetings sind auch bei der **bluechip Computer AG** in Meuselwitz fester Teil der Ausbildung – ebenso wie intensive Prüfungsvorbereitung. „Neu ist ein Workshop, um den neuen Azubis den Einstieg in das bluechip Waren-

wirtschaftssystem zu erleichtern und gleichzeitig die kaufmännischen Abläufe im Unternehmen zu verdeutlichen“, erzählt Ausbildungsleiterin Anja Petzold. Besonders beliebt, vor allem bei den künftigen IT-System-Elektronikern, sei der Azubiaustausch mit dem auf im Gaming-Bereich angesiedelten Tochterunternehmen ECT in Schortens an der Nordseeküste.

Ab Beginn der Ausbildung bekommen die Azubis der Jenaer **dotSource SE** eigene Verantwortungsbereiche und Aufgaben in diversen Kundenprojekten und sind an der Gestaltung und Umsetzung eines internen E-Commerce-Projektes beteiligt. „Das Einbeziehen unserer Auszubildenden in Kundenprojekte hat nicht nur den Vorteil, dass diese einen besseren Lerneffekt haben. Durch die Verantwortung, die sie übertragen bekommen, wird eine Vertrauensbasis geschaffen und das selbstständige Arbeiten gefördert. Die Auszubildenden sind von Anfang an ein wichtiger Teil ihres Teams“, sagt HR-Managerin Nadine Huber.

Ausbilder: Engagement und Kompetenz

„Unser Ausbilder hat einen guten Kontakt zu den Azubis und ich bekomme von unserem Fachkräftenachwuchs positives Feedback, dass sie sich wertgeschätzt und gut auf den Berufsalltag vorbereitet fühlen“, freut sich Ronny Büttner, Chef der **büttner präzisionsWERK GmbH**. Sicher spielt dabei auch eine Rolle, dass der Ausbilder selbst noch jung ist. „Aber auch ein Ausbilder muss gut ausgebildet sein. Deshalb ermöglichen wir ihm regelmäßige Fortbildung zu fachlich-technischen Themen aber auch im Bereich der Sozialkompetenz.“

Viele erfolgreiche Ausbildungsunternehmen engagieren sich auch in den IHK-Prüfungsausschüssen. So wie die **Stahlwerk Thüringen GmbH**, die seit 1994 bereits über 250 junge Menschen in zehn Ausbildungsberufen ausgebildet hat. „Aktuell sind vier unserer Mitarbeiter in drei verschiedenen IHK-Prüfungsausschüssen ehrenamtlich tätig, zwei weitere werden in diesem Jahr hinzukommen“, sagt Maren Hopfe, verantwortliche Mitarbeiterin für die Berufsausbildung. „Sie bringen ihre jahrelange Erfahrung als Ausbilder, Facharbeiter sowie Meister und Techniker ein.“ Das gewährleiste nicht nur, die Prüfungsleistungen und damit den Ausbildungserfolg an den Anforderungen der Praxis zu messen und zu bewerten, sondern bringe auch wertvolle Impulse für die eigene Arbeit mit den Azubis. „Die Mitarbeit im Prüfungsausschuss macht einen Austausch zwischen Arbeitgeber-, Arbeitnehmerbeauftragten und Lehrern möglich und gibt einen Einblick in die jeweiligen Arbeitsgebiete der anderen Prüfer.“



Den kompletten Artikel lesen



ihk.de/gera/magazin
(Dok.-Nr. 6060928)

Gegen Fachkräftemangel: Eigener Berufsnachwuchs

Gießereifacharbeiter ist ein sehr spezifischer Beruf, den nur wenige Unternehmen im Umfeld ausbilden. Entsprechend schwierig ist es, passend qualifizierte Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Die Silbitz Group investiert deshalb viel ins Ausbildungsmarketing und die Gewinnung von Auszubildenden.



Foto: Silbitz Group

Freie Stellen nicht besetzen zu können – vor diesem Problem steht, so wie viele Personalchefs, auch Christian Blödner von der Silbitz Group. Zwar gelinge es auch im Bereich der Verwaltung nicht immer, aber für die Produktion sei es deutlich schwerer, neue Mitarbeiter zu gewinnen – trotz guter finanzieller und sozialer Konditionen. Eigenen Berufsnachwuchs zu fördern ist für ihn die wichtigste Stellschraube, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Beruf erlebbar machen

Der Personalchef findet es schade, dass der allgemeine Trend, nicht in einem Industriebetrieb, in der Produktion und in Schichten arbeiten zu wollen, dazu führe, dass es trotz aller Chancen nicht genügend Bewerbungen für die angebotenen Lehrstellen gibt. Die Silbitz Group setze deshalb auf Offenheit und bietet Schülern viele Möglichkeiten, sich selbst ein Bild zu machen – ob in einem Praktikum, einem Ferienjob, im praxisnahen Unterricht oder im Rahmen des IHK-Schülercolleges. „Das persönliche Erlebnis ist überzeugender als alle Erklärungen“, sagt Christian Blödner. „Elf der derzeit 13 Azubis haben sich aufgrund dessen für eine



silbitz-group.com

Ausbildung bei uns entschieden.“ Am Ende des Tages überzeuge es die meisten Jugendlichen, etwas mit den eigenen Händen geschaffen zu haben, ohne dass das tägliche Leben nicht möglich wäre. Jeder, der Interesse und Engagement zeige, bekomme eine Chance und eine Übernahmegarantie nach erfolgreichem Abschluss – egal welche Muttersprache gesprochen wird, welcher Schulabschluss vorliegt.

Strategische Personalentwicklung

Die Herausforderungen der Demografie machen auch nicht vor den Werktoeren der Silbitz Group halt: Viele langjährige Mitarbeiter gehen in absehbarer Zeit in Rente. Mit einem strategischen Personalentwicklungskonzept fühlt sich die Firma gut aufgestellt: Wer geht wann in den Ruhestand? Wo brauchen wir wieviel „Nachwuchs“? Welche Lehrstellen müssen wir bereitstellen? Welchen Weiterbildungsbedarf gibt es, um Mitarbeiter für neue Aufgaben fit zu machen? So entstehen für jeden Bereich auf Basis jährlicher Mitarbeitergespräche Qualifikations- und Schulungspläne, um den Fachkräftelücken langfristig vorzubeugen.



[Den kompletten Artikel lesen](#)



ihk.de/gera/magazin
(Dok.-Nr. 6105978)

Beruflicher Erfolg geht auch ohne Studienabschluss

„Jeder kann etwas – oder zumindest kann jeder lernen, etwas zu können.“ – Das ist die Botschaft, mit der die IHK mit ihrer Kampagne „JETZT #KÖNNENLERNEN“ für duale Berufsausbildung wirbt. Zielgruppe sind vor allem Jugendliche. Das Herzstück der Kampagne sind die Erlebnisse „echter“ Azubis. Sie berichten in sozialen Medien über Erfahrungen bei der Ausbildungssuche, teilen Tipps und Tricks für den Berufseinstieg und erzählen aus ihrem Leben neben der Ausbildung. Die Botschaft: Ausbildung macht mehr aus uns!

Zugleich baut die Ausbildungskampagne auf die Beteiligung der Unternehmen. Sie erhalten auf Anfrage personalisierte Werbemittel. Über 35 Ostthüringer Ausbildungsbetriebe werben schon mit Bannern oder Plakaten für duale Ausbildung und die Chancen, die das eigene Unternehmen jungen Menschen bietet. Die IHK sucht weitere Firmen für die Mitmach-Kampagne.

In der Schule viel mehr Werbung für Ausbildung machen

Dass Berufsausbildung eine attraktive Alternative zum Studium ist, zeigen eindrucksvoll René Nickel und Lukas Axtmann, die im vergangenen Jahr ihre Ausbildung als Bundesbeste abgeschlossen haben.

Der Kaufmann für Büromanagement René Nickel begann zunächst ein BWL-Studium, das er aber nicht beendete. Schließlich entschied er sich für eine Lehre bei der TES Thüringer Energie Service GmbH Jena. „Ich fühle mich im Unternehmen und im Beruf angekommen. Ich denke, in der Schule sollte viel mehr Werbung für eine Ausbildung gemacht werden, da dies die beste Vorbereitung auf das Leben ist.“

Ebenso sieht es Lukas Axtmann, der als bundesbester Physiklaborant seine Ausbildung bei VACOM meisterte. Nach dem Abitur begann er ein Physikstudium und stellte fest, dass der Studienbetrieb nichts für ihn ist. „Alles richtig gemacht. Das gute Betriebsklima, vielfältige Aufgaben über den Lehrplan hinaus und ein engagierter Ausbilder trugen dazu bei, dass der Beruf auch zum Hobby wurde.“



Foto: IHK Ostthüringen

Moderne Migrationspolitik gut umsetzen

Mit der kürzlich beschlossenen Reform des Staatsangehörigkeitsrechts werden Einbürgerungen in Deutschland erleichtert. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) hofft, dass die neuen Regeln, die noch im ersten Halbjahr 2024 in Kraft treten sollen, Deutschland Vorteile im globalen Wettbewerb um Fachkräfte bringen – etwa durch die Lockerung der Bedingungen für die Staatsbürgerschaft bei Mehrstaatigkeit und eine verkürzte Mindestaufenthaltsdauer.



Foto: VioletaStoimenova/E+/Getty Images

Der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks verweist jedoch darauf, dass auch die Umsetzung stimmen muss. „Eine moderne Migrationspolitik kann nur greifen, wenn die Behörden auch in der praktischen Umsetzung gut sind“, so Dercks. „Das gilt von der Erteilung von Aufenthaltstiteln bis hin zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft.“ Diese Prozesse dauerten mitunter noch sehr lange, kritisierte er. „Wir brauchen daher einfachere Verfahren, eine bessere Vernetzung der Behörden und eine funktionierende digitale Infrastruktur.“



Den kompletten Artikel lesen



dihk.de

Ausbildung und Jobs für Migranten

Seit 2015 unterstützt das IHK-Projekt „FIF“ Flüchtlinge und Migranten bei der Suche nach einer Ausbildung oder einem Job. Allein von der IHK Ostthüringen wurden in den letzten acht Jahren über 430 Menschen aus Syrien, Afghanistan, Iran, Irak, Türkei, Marokko, Rumänien oder Ukraine bei der Integration im Ostthüringer Arbeitsmarkt begleitet. Sie haben ein Praktikum oder eine Ausbildung begonnen. Einige haben so auch einen Job gefunden. Andere bekamen Hilfe bei der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse oder bei der Beantragung von Fördermöglichkeiten. Zum Jahresbeginn 2024 startete eine neue Projektphase. Ziel ist, in den nächsten zwei Jahren 80 Migranten beim Berufsstart in Deutschland zu unterstützen. Aktuell werden 20 junge Menschen aus neun Ländern betreut. Eine Hälfte ist auf der Suche nach einem Arbeitsplatz, die andere will kurz- bis mittelfristig eine Ausbildung beginnen.

IHK-Berater Yousef Yousef, der selbst aus Syrien nach Deutschland gekommen ist, weiß genau wie schwer es ist, in einem neuen Land Fuß zu fassen. Andere Sprache, andere Kultur, andere berufliche Strukturen. „Duale Berufsausbildung ist vielen aus ihrer Heimat nicht bekannt. Schulabschlüsse oder berufliche Qualifikationen sind oft nicht vergleichbar“, schildert er



seine Erfahrungen. Er nimmt sich viel Zeit, um jeden Migranten der zu ihm kommt individuell zu beraten und einen personenbezogenen Qualifizierungs- und Integrationsplan zu erstellen.



ihk.de/gera/fif

Den kompletten Artikel lesen

ihk.de/gera/magazin
(Dok.-Nr. 6085506)

Forderungen der IHK-Organisation auf den Punkt gebracht

- Regelungen sind zu komplex und überfordern KMU
- Unternehmen sollten selbst entscheiden, wer als Fachkraft in Frage kommt
- bundesweite Clearingstelle für praktische Probleme einrichten
- Verwaltungsprozesse deutlich schneller und digitaler machen
- schnellere Bearbeitung von Geschäftsreisevisa
- zentrale Ausländerbehörden in den Ländern als Ansprechpartner für Betriebe etablieren

Azubis und Fachkräfte aus dem Ausland



Foto: Prostock-studio/shutterstock.com

Gezielt Fachkräfte und Azubis aus dem Ausland zu gewinnen, ist eine Chance dem Fachkräftemangel zu begegnen. Die IHK berät Unternehmen bei Fragen rund um die Rekrutierung im Ausland, die Beantragung von Visa und Aufenthaltstiteln sowie die betriebliche Integration ausländischer Mitarbeiter. „Wir nutzen aber auch unsere Kontakte zu Dienstleistern und Kooperationspartnern in Usbekistan und in der Türkei, um dort Interessenten zu gewinnen“, erläutert Steffi Werner, IHK-Beraterin Fachkräftezuwanderung. „Unsere Kontakte zu Ostthüringer Unternehmen nutzen wir, um freie Ausbildungsplätze zu finden – in der Gastronomie, der Metall- und Kunststoffindustrie sowie in der Informatik.“

Die Dienstleister agieren vor Ort im Herkunftsland. Sie leisten vorab mit Unterstützung der IHK Aufklärungsarbeit: über das System der dualen Ausbildung, über das Leben und Arbeiten in Deutschland und über die Voraussetzungen, hier Fuß zu fassen. Wenn Deutschkenntnisse und persönliche Motivation stimmen, folgen zunächst virtuelle Interviews gemeinsam mit der IHK und anschließend mit interessierten Ostthüringer Unternehmen. Bisher konnten so zehn Ausbildungsverträge in acht Unternehmen abgeschlossen werden. In diesem Jahr sollen weitere dazu kommen.

 ihk.de/gera/internationale-fachkraefte

Zahlen und Fakten

430

... Menschen aus Syrien, Afghanistan, Iran, Irak, Türkei, Marokko, Rumänien oder Ukraine hat das IHK-Projekt „FIF“ seit 2015 bei der Integration in den Ostthüringer Arbeitsmarkt begleitet.

 ihk.de/gera/fif

Per Speeddating zum neuen Azubi

Gemeinsam mit ihrem Kooperationspartner FKP Fachkräfteportal GmbH bietet die IHK Speeddatings – 10-minütige Einzelgespräche – mit zukünftigen Azubis und Fachkräften aus der Türkei an. Die Kandidaten werden sich vorstellen, ihre Fähigkeiten und Erfahrungen präsentieren und Fragen beantworten. So haben Sie die Möglichkeit, einen ersten Eindruck zu gewinnen und potenzielle neue Mitarbeiter näher kennenzulernen.

Die nächsten Termine

- 12. und 13. Juni
- 7. und 8. August
- 25. und 26. September
- 13. und 14. November

 [kostenfrei anmelden
ihk.de/gera/speeddating](https://ihk.de/gera/speeddating)

Willkommenskultur in Firmen

„Unternehmen können einiges dafür tun, dass der neue ausländische Mitarbeiter oder Azubi möglichst schnell ein gutes Teammitglied wird“, sagt Steffi Werner, IHK-Beraterin Fachkräftezuwanderung. So ermögliche eine transparente Information den Beschäftigten, den Integrationsprozess mitzugestalten. Die Erfahrungen der neuen Kollegen als Bereicherung zu verstehen, erleichtert die berufliche Integration. Die Einbeziehung in Belegschaftsaktivitäten fördert die soziale Integration. „Schon kleine Maßnahmen können spürbar dazu beitragen, dass sich Neankömmlinge willkommen und wohl fühlen.“

 ihk.de/gera
(Dok.-Nr. 4936166)

Ausbildungsbeauftragte Stefanie Lippold-Görner

(rechts) hat immer ein offenes Ohr für Nurbek Shamisiev (links) und Sirjiddin Khujabekov (Mitte).



Foto: IHK Ostthüringen

Internationales Team mit Perspektive in der Region



bio-seehotel-zeulenroda.de



Den kompletten Artikel lesen



ihk.de/gera/magazin
(Dok.-Nr. 6048356)

Dass Azubis aus verschiedenen Ländern zum Team gehören, ist im Bio-Seehotel Zeulenroda schon seit Jahren selbstverständlich. Aktuell lernen zwei junge Männer aus Indien und drei aus Vietnam hier einen Hotelberuf. Seit vergangenem Herbst gehört auch Nurbek Shamisiev aus Usbekistan zu ihnen, ein künftiger Restaurantfachmann. Sein Landsmann Sirjiddin Khujabekov hat seine Ausbildung zum Hotelfachmann schon im November 2022 begonnen. Beide sind mit Unterstützung der IHK aus Usbekistan nach Thüringen gekommen. Und beide haben im Hotel auch eine berufliche Perspektive. Die möchten sie auch gern nutzen, betonen Sirjiddin Khujabekov und Nurbek Shamisiev. Sie seien gut in Zeulenroda aufgenommen worden und fühlen sich inzwischen wohl im Hotel und in der Region – auch dank der Unterstützung von Stefanie Lippold-Görner, die als Ausbildungsbeauftragte des Hotels immer ein offenes Ohr für „ihre“ Azubis hat.

„In jedem Jahr beginnen rund 13 Azubis hier bei uns ihre Ausbildung. Es ist inzwischen zu einer guten

Tradition geworden, sie mit einer Zuckertüte und einem Azubi-Camp zu begrüßen.“ Die Camp-Aktivitäten trügen nicht nur dazu bei, dass sich „neue“ und „alte“ Azubis in lockerer Atmosphäre kennenlernen. Sie könnten so auch die Stadt, die Region und nicht zuletzt das Hotel und seine vielseitigen Angebote entdecken. „Das ist nicht nur für unsere ausländischen Azubis ein guter Einstieg in die Ausbildung. Es trägt dazu bei, schnell Kontakt zu finden und sich auszutauschen“, betont Stefanie Lippold-Görner. „Unsere Azubis unterstützen sich auch gegenseitig, egal, ob es um den gemeinsamen Heimweg oder Themen aus der Berufsschule geht.“ Auch den beiden usbekischen Azubis hat das geholfen, sich in Thüringen willkommen und angenommen zu fühlen.

Eine fachlich fundierte Ausbildung steht für jeden Azubi im Mittelpunkt – egal aus welchem Land er kommt. „Wir bilden aus, um jungen Leuten eine Perspektive in der Region zu geben und Fachkräfte für unser Hotel zu gewinnen“, stellt Stefanie Lippold-Görner klar.



Foto: IHK Ostthüringen

**Ausbilder
Thomas Martin**

(Mitte) übernimmt in der Firma nicht nur die Ausbildung von Dilmurod Mirzoev (links) und Sobirjon Khidirov (rechts) an den Werkzeugmaschinen, sondern unterstützt sie auch beim Lernen für die Berufsschule.

Offen sein für Neues lohnt sich

Unter den vier Azubis, die in diesem Jahr bei der Geraer Firma ixxact Präzisionsmechanik GmbH eine Ausbildung begonnen haben, sind auch zwei junge Männer aus Usbekistan. Der Kontakt wurde mit Unterstützung des Ostthüringer Ausbildungsverbundes (OAV) hergestellt, der die Firma auch bei der Integration unterstützt. Das Unternehmen hat schon in den Jahren zuvor gute Erfahrungen mit der Ausbildung von Azubis mit ausländischem Pass gemacht – zum Beispiel aus der Ukraine, Afghanistan oder der Türkei. Prokuristin Daniela Schrader ist überzeugt: „Auch wenn wir viele finanzielle und zeitliche Kapazitäten in die Ausbildung investieren: Es lohnt sich!“

Wie in vielen Ostthüringer Firmen, fehlen auch bei ixxact oft Bewerber aus der Region für freie Stellen und Ausbildungsplätze. „Unser wichtigstes Kapital bleiben hochqualifizierte Mitarbeiter, die wir am liebsten selbst ausbilden“, sagt Daniela Schrader. So hätten auch die ausländischen Azubis nach bestandener Abschlussprüfung eine berufliche Perspektive in der Firma.

Das Angebot des OAV, mit dem EU-geförderten Projekt „Usbekische Azubi für Thüringen“ junge Menschen aus dem zentralasiatischen Land für eine Ausbildung als Zerspanungsmechaniker zu gewinnen hat sie sofort angenommen. Seit drei Monaten gehören nun Dilmurod Mirzoev und Sobirjon Khidirov zum Team bei ixxact.

„Es ist ein gutes Gefühl, dass alles so gut geklappt hat“, sagt sie und verweist auf die Unterstützung des OAV bei der Auswahl der Bewerber, Vorbereitung und Durchführung der Bewerbungsgespräche sowie der Einreiseformalitäten. „Gemeinsam haben wir auch eine Wohnung für die beiden gesucht und schließlich im benachbarten Wohngebiet gefunden.“ Die Stadt kennenlernen, deutsche Bürokratie und Verwaltung meistern und vor allem sich in einem völlig anderen Kultur- und Lebensumfeld zurechtfinden – Integration hat viele Aspekte, auch unerwartete.

Das wichtigste für Daniela Schrader ist jedoch, offen, aufgeschlossen und tolerant miteinander umzugehen.



[ixxact.de](https://www.ixxact.de)



Den kompletten Artikel lesen

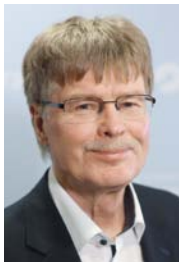


[ihk.de/gera/magazin](https://www.ihk.de/gera/magazin)
(Dok.-Nr. 6017266)

Zum Nutzen der Unternehmen

Starke Stimme, moderner Dienstleister und zuverlässiger Partner –
So verstehen wir Wirtschaft in Eigenverantwortung. Nehmen Sie uns in die Pflicht!

IHK-Präsident



Dr. Ralf-Uwe Bauer

Smart Advanced
Systems GmbH,
Rudolstadt

IHK-Präsidium



Kerstin Altgaßen

JENconcept KG,
Kahla



Dr. Knuth Baumgärtel

Micro-Hybrid
Electronic GmbH,
Hermsdorf



Saskia Beyer

ad hoc best
services GmbH,
Gera



Claudia Budich

Stadtwerke Energie
Jena-Pößneck GmbH,
Jena



Christine Büring

Altenburger
Tourismus GmbH,
Altenburg



Falko Gaudig

Volksbank eG
Gera · Jena ·
Rudolstadt,
Jena



Thomas Rödiger

Kontinent Spedition
GmbH,
Jena



Udo Staps

FKT Formenbau und
Kunststofftechnik
GmbH,
Triptis

Gründen, Wachsen, Sichern



Sabrina Sobek

+49 365 8553-111
sobek@gera.ihk.de

Gründerberatung

Frank Lenz
+49 365 8553-211
lenz@gera.ihk.de

Nachfolgeberatung und -vermittlung

Falk Hundertmark
+49 365 8553-209
hundertmark@gera.ihk.de

Hilfestellung in Krisensituationen

Peter Dörfer
+49 365 8553-210
doerfer@gera.ihk.de

Beratung zu Finanzierung, Zuschüssen, Darlehen, Bürgschaften, Beteiligungen

Falk Hundertmark
+49 365 8553-209
hundertmark@gera.ihk.de

Einheitlicher Ansprechpartner nach EU-Dienstleistungsrichtlinie

Frank Lenz
+49 365 8553-211
lenz@gera.ihk.de

Innovations- und Umwelt- beratung



Steffi Keil

+49 365 8553-120
keil@gera.ihk.de

Innovations- und Technologieberatung, Technologietransfer

Franziska Neugebauer
+49 365 8553-123
neugebauer@gera.ihk.de

Energieberatung

Thomas Christel
+49 365 8553-129
christel@gera.ihk.de

Umweltberatung

Franziska Neugebauer
+49 365 8553-123
neugebauer@gera.ihk.de

EMAS-Standortregistrierung

Franziska Neugebauer
+49 365 8553-123
neugebauer@gera.ihk.de

Beratung zu digitalen Themen von IT bis KI

Franziska Neugebauer
+49 365 8553-123
neugebauer@gera.ihk.de

Beratung von Politik und Verwaltung zu umwelt-, energie- und industrierelevanten Vorgaben (Gesetze und deren Umsetzung)

Steffi Keil
+49 365 8553-120
keil@gera.ihk.de

Know-how für internationale Märkte



Peter Höhne

+49 365 8553-463
hoehne@gera.ihk.de

Beratung für Ihr Auslandsgeschäft

Peter Höhne
+49 365 8553-463
hoehne@gera.ihk.de

Beratung zu gezielten Marketing- maßnahmen

Peter Höhne
+49 365 8553-463
hoehne@gera.ihk.de

Beratung zu Zoll und Außenwirtschaftsrecht

Conny Schmidt
+49 365 8553-127
schmidt@gera.ihk.de

Beratung zu und Ausstellung von Außenwirtschaftsdokumenten

Maria Stiebritz
+49 365 8553-128
stiebritz@gera.ihk.de

Fachkräfte entwickeln – Zukunft sichern



Matthias Säckl

+49 365 8553-216
saeckl@gera.ihk.de

Bildungspolitische Positionen

Matthias Säckl
+49 365 8553-216
saeckl@gera.ihk.de

Angebote zur Berufsorientierung

Kathrin Rössler
+49 365 8553-441
roessler@gera.ihk.de

Betreuung der dualen Ausbildung

Volker Leffer
+49 365 8553-213
leffer@gera.ihk.de

Prüfungen in der beruflichen Bildung sowie bei Sach- und Fachkunde

Andreas Drosdzoll
+49 365 8553-220
drosdzoll@gera.ihk.de

Weiterbildungsangebote für Unternehmen und Fachkräfte

Isabell Földner
+49 365 8553-408
fueldner@gera.ihk.de

Unterstützung bei der Integration ausländischer Fach- und Arbeitskräfte

Steffi Werner
+49 365 8553-454
werner@gera.ihk.de

Wirtschaftsraum gemeinsam gestalten



Almut Weinert

+49 365 8553-114
weinert@gera.ihk.de

Einfluss auf Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik des Landes, Bundes und der EU

Almut Weinert
+49 365 8553-114
weinert@gera.ihk.de

Einfluss auf Landes- und Regionalplanung

Pierre Menestrière
+49 365 8553-110
menestriere@gera.ihk.de

Analyse der regionalen Wirtschafts-entwicklung

Christoph Adler
+49 365 8553-118
adler@gera.ihk.de

Durchsetzen optimaler Verkehrskonzepte und -wege

Pierre Menestrière
+49 365 8553-110
menestriere@gera.ihk.de

Beteiligung an Stadt- und Regionalmarketing sowie an touristischen Konzeptionen

Sabrina Sobek
+49 365 8553-111
sobek@gera.ihk.de

Partner in Sachen Recht und Steuern



Sylvia Knöfel

+49 365 8553-455
knoefel@gera.ihk.de

Einflussnahme auf Gesetzesvorhaben mit Auswirkungen auf die Wirtschaft

Sylvia Knöfel
+49 365 8553-455
knoefel@gera.ihk.de

Kostenfreie Beratung zu Rechtsfragen Schwerpunkte: Vertrags-, Handels-, Gesellschafts-, Gewerbe-, Arbeits-, Wettbewerbs- und Steuerrecht

Sylvia Knöfel
+49 365 8553-455
knoefel@gera.ihk.de

Christoph Beer
+49 365 8553-303
beer@gera.ihk.de

Christian Rusche
+49 365 8553-301
rusche@gera.ihk.de

Erlaubnis- und Registerstelle für Versicherungs- und Finanzbranche

Tino Benkert
+49 365 8553-305
benkert@gera.ihk.de

Benennung von Sachverständigen

Martina Bäck
+49 365 8553-457
baeck@gera.ihk.de



klug-macht-weiter.de

IHK  **Die Weiterbildung**

Bewährt. Anerkannt. Praxisnah.

IHK-Magazin gibt es auch online!



Foto: Eric Isselee/shutterstock.com

Newsletter abonnieren und informiert bleiben

 ihk.de/gera/magazin

 ihk.de/gera/newsletter